

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Hans Dinkhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Rückzahlung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. Oktober 1931.

Die Partei des Terrors.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der kommunistische Terror ist in der letzten Zeit wieder einmal recht lebhaft geworden. In Bochum wurde der Polizeibeamte Niederwerfer von einer Terrorgruppe erschossen, deren Mitglieder nicht nur ausnahmslos kommunistische Funktionäre, sondern - bezeichnenderweise - zum Teil auch vorbestrafte Gewohnheitsverbrecher waren. In Berlin wurde bei dem kommunistischen Funktionär Ueberbrück eines der grössten illegalen Sprengstofflager ausgehoben: nicht weniger als 2½ Zentner Dynamit, dazu ein ganzes Warenlager von Zündkapseln, Zündschnüren usw. hatte Ueberbrück an verschiedenen Orten gesammelt. Ein Teil der Sprengstoffvorräte hatte sich vorher in Breslau befunden und war dort für einen förmlichen Unterrichtskursus kommunistischer Funktionäre im Gebrauch von Sprengstoff, Handgranaten pp. verwendet worden. Als die Polizei diesen Kursus aufhob, brachte Ueberbrück die Sachen nach Berlin.

Die KPD sucht, was keineswegs neu ist, ihre Werkzeuge zu verleugnen. Hat die kommunistische Zentrale doch schon bei früheren Gelegenheiten in ihrem Auftrag handelnde Terroristen, sobald sie der Polizei in die Hände fielen und dadurch unbequem wurden, kaltblütig als "Spitzel" erklärt und dadurch manchen ehrlichen Fanatiker zur Verzweiflung und zum Selbstmord gebracht. Walter Zeutschel berichtet in seinem aufschlussreichen Buch "Im Dienst der kommunistischen Terrororganisation" darüber manche Beispiele, - man braucht aber auch nur an den von der KPD selbst zugestandenen Fall Botzenhardt zurückzudenken. Im Fall Ueberbrück sind die Ablehnungsversuche besonders aussichtslos, weil Ueberbrück im Augenblick seiner Festnahme einen Ausweis der kommunistischen Zentrale, auf den Decknamen "Otto" lautend, bei sich führte, der auf seinen Breslauer Auftrag ausdrücklich Bezug nahm.

Die kommunistische Ausrederei wirkt aber besonders kläglich, weil die KPD stets nur von den einzelnen Personen, die gefasst werden, niemals aber von den Methoden des Terrors als solchen abrückt. Welche prinzipielle Stellung nimmt die kommunistische Partei zu Terrorakten ein? Gewiss liest man in kommunistischen Schriften mitunter Ausführungen gegen den "individuellen Terror". Aber bei näherem Hinsehen sieht man sich getäuscht. Der Terror wird nämlich nur von der KPD als "isolierte Handlung" missbilligt, dagegen in "Verbindung mit der Massenaktion" ausdrücklich gutgeheissen. Nun will kein Terrorist lediglich einen Schutzmann erschliessen oder ein Postgebäude in die Luft sprengen. Jeder hat die Absicht, durch solche Handlungen zur Massenaktion aufzurufen. So öffnet die KPD dem aus der Vordertür hinauskomplimentierten Terror bereitwilligst die Hintertür, sie lehnt Terrorakte nicht prinzipiell ab, sondern heisst sie prinzipiell gut. Dass dieser Grundeinstellung die Praxis durchaus entspricht, zeigt die Geschichte der KPD an allen Ecken und Enden. Ueber die Entstehung des mitteldeutschen Aufstandes von 1921 z.B. besitzen wir eine Reihe unverdächtigter Zeugnisse, nämlich die Berichte der politischen und militärischen Leiter des Aufstandes. Diese Berichte fielen seinerzeit der Polizei in die Hände, als sie von Klara Zetkin nach Russland geschmuggelt werden sollte.

ten. In dem Berichte Bowitzkis, des politischen Kommissars der KPD für Mansfeld, heisst es u.a. :

Am Dienstag, den 22. erschien Hugo (gemeint ist Hugo Eberlein) aus Berlin als Beauftragter der Zentrale, um die Aktion in Mitteldeutschland vorwärtszutreiben und zu leiten.... Hugo machte dem Genossen der Illegale verschiedene Vorschläge, wie eine wirksame Parole geschaffen werden könne. Er gab dem offiziellen Auftrag, das Munitionsdepot in Beesen und einige Stunden darauf, um die Wechselwirkung glaubhaft zu machen, das neuerworbene Grundstück der Produktivgenossenschaft (!) in die Luft zu sprengen. Einigen Zufällen ist es zuzuschreiben, dass beide Aufträge nicht zur Durchführung gelangen konnten... Am anderen Morgen gab Hugo seiner Entrüstung darüber Ausdruck, dass in Halle nicht das Geringste klappte. Die Illegale wäre vollkommen versaut, es wäre geradezu unerhört, dass noch nicht einmal ein anständiges Stück Zündschnur vorhanden wäre. Gemeint war damit der Anschlag auf das Genossenschaftsgebäude, weil dort die Zündung versagt hatte.... Bei der Durchführung wären ungefähr 20 unserer besten Genossen ein Opfer dieses Anschlages geworden, welche Bedenken aber von dem Genossen Hugo mit einer Handbewegung abgetan wurden.

So zynisch wollte damals ein Mitglied der Kommunistischen Zentrale das Eigentum der Arbeiterschaft, ja das Leben seiner eigenen Parteianhänger vernichten. Man kann wahrlich das Bekenntnis zum Terrorismus nicht weiter treiben. Im Jahre 1923, beim Hamburger Aufstand, war es nicht anders. Darüber kann man das Notwendige in Zeutschels schon erwähnter Schrift nachlesen. Damals entstanden auch jene Terrorgruppen, die sich unter Demonstranten - natürlich ohne deren Wissen - zu mischen und Feuerüberfälle auf die Polizei zu inszenieren hatten. Schliesslich schoss dann die Polizei wieder und verletzte harmlose Demonstranten, so war der Beweis für unerhörte Greuelthaten der "Bluthunde Severings" erbracht. Solche Terrorgruppen haben in Berlin die Wachtmeister Zenkert und Kuhfeld, die Polizeioffiziere am Karl Liebknechtthaus, in Bochum den Polizeibeamten Niederwerfer ermordet.

Was aber ist der politische Erfolg? Wird durch solche Taten die Arbeiterschaft aufgerüttelt, das Bürgertum eingeschüchtert? Von einer Aufrüttelung der Arbeiterschaft kann schon deswegen nicht die Rede sein, weil um der Sicherheit ihrer Führer willen die KPD nach aussen hin solche Taten feige verleugnen muss. Da aber die grosse Masse der Arbeiter ohnehin derartige Gewaltmethoden als ebenso unsinnig wie verbrecherisch ablehnt, so führen sie nur dazu, weitere Kreise dem Indifferentismus in die Arme zu treiben. Hinzu kommt, wie Bochum lehrt, dass es oft kriminelle Elemente sind, die sich zu solchen Taten bereit finden. Dies Vordrängen der Minderwertigsten wirkt nicht nur abstossend, es öffnet auch als Kehrseite dem Verrat und der Spitzelei Tür und Tor. Schliesslich und hauptsächlich: eine Partei, die auf solche Bluttaten das entscheidende Gewicht legt, muss natürlich in ihren Anhängern den Glauben an die wirkliche Waffe des Proletariats, das Vertrauen zur geschlossenen politischen und gewerkschaftlichen Organisation ertöten. Auf der anderen Seite denkt das Bürgertum nicht daran, weil hier und dort ein Polizist erschossen wurde, ins Mauselloch zu kriechen. Die Terrorakte lähmen nicht den Kampfwillen des Klassengegners, sondern stechen ihn an. Die Sozialdemokratie weiss, dass Terrorakte zu allen Zeiten nur bequeme Vorwände gewesen sind, um über die Arbeiterorganisationen herzufallen und mit Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterklasse zu regieren. Sie hat deshalb niemals eine Terror-Propaganda in ihren Reihen zugelassen, sie hat selbst unter dem Sozialistengesetz einen Johann Most, der die blutige Auflehnung gegen das Schändgesetz predigte, rücksichtslos trotz seiner früheren Verdienste um die Partei ausgeschlossen.

Johann Most ist übrigens ein klassisches Beispiel dafür, wer an Terrorakten ein politisches Interesse hat: Mosts von London aus geleitetes Anarchistenblättchen ist jahrelang, ohne dass Most es ahnte, durch einen Spitzel vom Gelde der preussischen Polizei gedruckt worden! - Heute hat die Reaktion nicht nötig, Gold zur Propagierung terroristischer Gedankengänge in der Arbeiterschaft auszugeben. Die KPD leistet ihr diesen Dienst gratis.

SPD. Paris, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Laval und die ihn begleitenden Sachverständigen werden am kommenden Montag-Vormittag in Paris zurückerwartet. Für Dienstag ist ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumer anberaumt, in dem Laval Bericht über seine Besprechungen mit Hoover erstatten wird.

SPD. Das von Otto Strasser herausgegebene nationalsozialistische Oppositionsblatt äussert sich über die Folgen der Niederlage der Harzburger in der letzten Reichssitzung wie folgt :

"Die Niederlage im Kampf gegen die Regierung Brüning hat die "Nationale Opposition" in völlige Verwirrung gestürzt. Der ganze Zukunftstraum von Harzburg brach zusammen und kein lichter Punkt zeigt sich am Wahlhimmel. Die Vertagung des Reichstags bis zum 23. Februar, die Abstimmungsniederlagen im Preussischen Landtag, die Aussichtslosigkeit auf legal-parlamentarischem Wege Neuwahlen in Preussen oder im Reich zu erzwingen, haben den gesamten Kriegsplan der Harzburger Front hinfällig gemacht. Diese Sachlage hatte zunächst den Ausbruch innerer Unstimmigkeiten im Lager der "Nationalen Opposition" zur Folge. Insbesondere hat die Hitlerpartei aus der gemeinsamen Niederlage die Folgerung grösserer Distanzierung gegenüber Hugenberg und Selde gezogen."

Die Niederlage der Harzburger im Reichstag hat zweifellos zu einer starken Auflockerung der Harzburger Front geführt. Aber ebensoviel wie die Niederlage im Reichstag haben Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NSDAP über die Zweckmässigkeit der Harzburger Front zu deren Auflockerung beigetragen. Die Folge ist, dass sich die Deutschnationalen von den Nazis betrogen fühlen und diesem Gefühl in der Hugenberg-Presse bereits offen Ausdruck gegeben wird. Statt der mit so grossem Aufwand proklamierten Einheitsfront sehen wir eine Keilerei zwischen Hugenbergianern und Nazis, die erkennen lässt, dass in Harzburg nur Theater gespielt wurde und der dort vorübergehend geschlossenen Kampfgemeinschaft jede eherne Grundlage fehlt. Und so etwas möchte sich anmassen, in Deutschland die politische "Führung" zu übernehmen.

SPD. Paris, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die französische Provinzbank Comptoir d'Escompte von Tournus bei Châlon-Sur-Saone hat am Donnerstag ihre Zahlungen eingestellt. Die Bank wurde 1868 gegründet und besitzt in Ostfrankreich mehrere Filialen. Die Geschäftsleitung hofft auf einen Vergleich mit ihren Gläubigern, die 90 Prozent ihrer Forderungen erhalten sollen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Im Hause des Reichspräsidenten fand am Donnerstag-Vormittag die erste Sitzung des vom Reichspräsidenten berufenen Wirtschaftsbeirats statt, zu der sich ausser den Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats der Reichskanzler und die Reichsminister, der Reichsbankpräsident und der Generaldirektor der Reichsbahn eingefunden hatten. Reichspräsident von Hindenburg empfing die Erschienenen im grossen Saale des Präsidentenhauses und begrüsst sie hier mit folgender Ansprache :

"Meine Herren! Es ist mir eine angenehme Pflicht, Sie - ehe wir an unsere ernste Arbeit gehen - willkommen zu heissen und Ihnen für die Bereitwilligkeit zu danken, mit der Sie meinem Rufe Folge geleistet und Ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt haben."

Die schwere Krise der Weltwirtschaft und Deutschlands besondere wirtschaftliche Bedrängnis erfüllen alle Schichten unserer Bevölkerung mit banger Sorge. Sie rütteln an den Grundpfeilern des wechselseitigen Vertrauens und erschüttern die Zuversicht in die Erhaltung der Unterlagen unserer Volkswirtschaft. Im Bewusstsein der Verantwortung, die ich vor dem deutschen Volke und vor meinem Gewissen trage, habe ich mich entschlossen, angesichts der ausserordentlichen Wirtschaftswirrnis einen besonderen und aussergewöhnlichen Weg zu beschreiten. Ich habe nach Vorschlägen der Reichsregierung aus führenden Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens, aus den grossen Wirtschaftsgruppen von Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Klein-gewerbe, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, einen Wirtschaftsbeirat zusammenberufen und Sie, meine Herren, zu einer gemeinsamen Beratung mit der Reichsregierung zu mir geladen, um der Reichsregierung bei ihren Bemühungen um einen Weg zu helfen, auf dem die wirtschaftliche und soziale Not des deutschen Volkes zum besseren gewendet werden kann.

Niemand von Ihnen wird verkennen, in welchem Masse die Lage Deutschlands durch weltpolitische und weltwirtschaftliche Umstände bestimmt wird. Hier liegen die schweren und grossen Aufgaben der deutschen Aussenpolitik. Von Ihnen aber erwarte ich, dass Sie sich mit mir und mit der Reichsregierung von dem unbeugsamen Willen beseelen lassen, wie auch immer die Entwicklung der Welt sein mag, aus der eigenen Kraft Deutschlands heraus von unserem Volke abzuwenden, was eigenes Handeln nur irgend abzuwenden vermag. Nur so wird eine Grundlage geschaffen für die notwendigen internationalen Bemühungen zur Lösung der gesamten Weltkrise. Nur das Bewusstsein solcher Pflichterfüllung und äusserster Kraftanstrengung wird unser Volk befähigen, in innerer Verbundenheit und mit nationaler Würde das zu tragen, was sich an seinem Schicksal als unabwendbar erweist.

Die Aufgabe, die Ihnen gestellt ist, kann nur bei richtiger Wertung der wirtschaftlichen Kräfte und in gerechter Abwägung widerstreitender Interessen gelöst werden. Ich erhoffe als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wirtschaftlicher Sachverständigen und der Reichsregierung einen Ausgleich wirtschafts- und sozialpolitischer Gegensätze und eine Besserung der deutschen Wirtschaftsnot. Wenn diese schwere Aufgabe gelöst werden soll, darf jeder von Ihnen sich nur der Gesamtheit des deutschen Volkes und dem eigenen Gewissen verantwortlich fühlen, muss sich jeder innerlich loslösen von Gedanken an Gruppeninteressen und an Einzelrücksichten. Nur wenn solche Gesinnung Sie, meine Herren, erfüllt, werden Ihre Beratungen den sittlichen Wert und die überzeugende Kraft besitzen, ohne die ein gesundes und lebensstarkes Volk sich nicht führen lässt.

Wenn das deutsche Volk durch die wirtschaftlichen und moralischen Wirrnisse und die Gefahren innerer Zersetzung hindurch zu besserer Zukunft gelangen soll, so ist hierfür Voraussetzung, dass die Führer der Wirtschaft zusammen mit der Reichsregierung einen klaren und zielsicheren Weg gehen. Möchte Ihre Zusammenarbeit, meine Herren, Ergebnisse zeitigen, welche die Reichsregierung in den Stand setzen, auf Grund der verfassungsmässigen und geschichtlichen Verantwortung, die ihr die Pflicht der Führung zuweist, mir wirksame Massnahmen zur Wiedergesundung unserer Wirtschaft und zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens vorzuschlagen. Dieses Ziel fest vor Augen lassen Sie uns nunmehr an die gemeinsame Arbeit gehen!"

Der Reichspräsident eröffnete dann die erste gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsbeirats und der Reichsregierung und erteilte zunächst dem Reichskanzler Dr. Brüning das Wort. Der Reichskanzler legte in längeren Ausführungen die wirtschaftliche Lage und die zur Besserung der Wirtschaftsnot in Frage kommenden Möglichkeiten dar; hieran schlossen sich ergänzende Darlegungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold und des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther an. Als dann begann die allgemeine Aussprache.

SPD. Braunschweig, 29. Okt. (Eig. Dr.)

Das Verbot des Braunschweiger "Volksfreund" und seiner Kopfblätter durch Nazi-Klagges hat zur Folge gehabt, dass die Abonnenten dieser Blätter sozialdemokratische Zeitungen aus der näheren Umgebung Braunschweigs abonniert haben. Der Kreisdirektor in Holzminden hat deshalb tagelang Jagd auf die betreffenden Blätter machen und in dem Verlagshaus des SPD-Organs in Holzminden haus-suchen lassen. Erst auf wiederholte Beschwerde wurde die Polizeijagd ein-gestellt. Das Abonnement der Leser des Braunschweiger "Volksfreund" auf ein anderes sozialdemokratisches Blatt wird jetzt ungehindert erfüllt.

SPD. In dem Prozess gegen die nationalsozialistischen Pogromführer vom Kurfürstendamm brachte der dritte Verhandlungstag die entscheidende Klärung. Es steht nunmehr einwandfrei fest, dass die blutigen Ueberfälle der SA von der Leitung der Berliner SA nicht nur planmässig inszeniert, sondern auch in allen Details geleitet worden sind.

Der Zeuge Rechtsanwalt Dr. Apfel hat die Tumulte am Kurfürstendamm von seiner Wohnung aus genau beobachten können und stellte fest, dass die Demon-strationen von geschäftig hin und her eilenden Drahtziehern geleitet worden sind. Rechtsanwalt Möhring, ein Christ, der früher nationalsozialistischer Neigung verdächtig gewesen sein soll, von denen er jetzt allerdings wohl kuriert ist, hat unter den Hakenkreuzler-Ausschreitungen besonders schwer zu leiden ge-habt. Möhring war mit seinem Bruder auf dem Wege ins Kino, als ihm die Hitler-rianer unter wildem Gröhlen entgegenkamen. Möhring wollte zuerst ausweichen, schliesslich sagte er jedoch zu seinem Bruder: "Uns kann nichts passieren, wir sind ja keine Juden." Das nutzte ihm jedoch nichts. Die Burschen prügelten in geradezu viehischer Weise auf ihn ein und traten ihn ins Gesicht. Der Misshand-elte hat eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen. Barbarisch sind die Nazis auch mit dem 35jährigen Diplomingenieur Schlesinger verfahren, der mit seiner Frau und seiner alten Schwiegermutter auf dem Kurfürstendamm spazieren-ging. Unter den Rufen: "Verreck", du stinkendes Judenaas" schlugen etwa 20 Mann von allen Seiten auf ihn und die Frauen ein. Der Ingenieur erlitt zahl-reiche Verletzungen. Als Polizei erschien, verschwanden die Nazis in den dunk-len Seitenstrassen. Der Kaufmann Linden, der ebenfalls schwer misshandelt worden ist, sagt aus, dass der Pogrom ausgesprochen militärisch organisiert gewesen sei und unter straffer Leitung gestanden habe. Eine äusserst wichtige Bekundung machte der Zeitungshändler Groh, der den angeklagten Stahlhelmhaupt-ling Brandt beim Dirigieren des Krawalls beobachtet und der die Worte gehört hat: "Los, jetzt nach der Gedächtnis-Kirche". Dem ungarischen Maschinenbau-ingenieur Rahmann, der ahnungslos aus einem Restaurant trat, brachten die Hor-den vom "Dritten Reich" den Begriff von deutscher Kultur dadurch bei, dass sie ihn niederschlugen und als er am Boden lag noch weiter misshandelten.

In bunter Reihe folgen weitere Zeugenaussagen. Aus allen ergibt sich eine masslose Brutalität der Naziherden und der Beweis, dass ihre Aktion von langer Hand vorbereitet war.

SPD. Gelsenkirchen, 29. Okt. (Eig. Dr.)

Im Zusammenhang mit dem Schupomord in Gelsenkirchen sind inzwischen noch zwei Personen als Beteiligte an der Schiesserei ermittelt und festgenommen wor-den. Beide, organisierte Kommunisten, sind erheblich vorbestraft. Sie sind ge-ständig.

Die Mordgesellen geben an, mit einer Armeepistole und je 30 Schuss Muni-tion ausgerüstet gewesen zu sein. Die Terrorgruppe hatte nach ihren Angaben u. a. auch noch den Auftrag, zwei Polizeioffiziere in Gelsenkirchen und in

Wanne-Eickel, die der KPD unbequem waren, "umzulegen". Ausserdem war beabsichtigt, die für den letzten Sonntag geplante später aber verbotene Nazikundgebung in Recklinghausen zu stören und in der Nacht heimkehrende Nazitrupps zu beschliessen. Die Terrorgruppe lag zu diesem Zweck am Sonnabend in Alarmbereitschaft.

Wenige Minuten vor dem Zusammenstoss der Terrorgruppe mit den Polizeibeamten wurden die Kommunisten von einem Mann auf die herannahende Polizeistreife aufmerksam gemacht und zwar mit dem Rat, nicht zu singen. Stattdessen verstärkten sie das Johlen, um unter allen Umständen einen Zusammenstoss zu provozieren. Nach der Tat untersuchte der Rädelsführer Klohs, der bisher nicht gefasst werden konnte, die Pistolen seiner Komplizen, um festzustellen ob auch "alle ihre Pflicht getan hatten".

SPD. Die Entscheidung des Reichsinnenministers über die Beschwerde des Braunschweiger "Volksfreund" gegen dessen Verbot durch den braunschweigischen Naziminister Klagges steht zurzeit noch aus. Sie soll am Freitag bekanntgegeben werden.

In der Zwischenzeit hat der Reichsinnenminister im Zusammenhang mit den blutigen Vorgängen während des Nazitreffens in Braunschweig gegen den "Vorwärts" und gegen die sozialdemokratische "Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" in Kiel Strafantrag stellen lassen. Der Antrag stützt sich auf die Kritik der beiden Blätter an dem harmlosen Bericht des Garnisonältesten von Braunschweig über die dortigen Vorgänge. Dieser Bericht steht mit den Tatsachen so wenig im Einklang, dass er u.E. überhaupt nicht gebührend genug charakterisiert werden konnte.

SPD. London, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag fand die erste Sitzung des englischen Kabinetts nach den Wahlen statt. Es wurde die Notwendigkeit der Umbildung des Kabinetts bzw. einer Erweiterung besprochen. Eine Entscheidung wurde jedoch noch nicht gefällt. Es verlautet, dass Snowden als Lord im Kabinett verbleiben und eines der Ministerien übernehmen wird, das von einem Lord bekleidet werden kann.

Die konservative Presse triumphiert immer noch über den Sieg. Trotzdem gibt man auch beiden Konservativen zu, dass weniger mehr gewesen wäre. Die parlamentarische Opposition (jetzt 58 Stimmen gegen 552 der Regierung) ist von Regierungsseite inzwischen zur Mitarbeit an den bevorstehenden "überparteilichen" Aufgaben aufgefordert worden. Der "Daily Herald" nimmt diese Aufforderung wohlwollend entgegen und sagt, dass sich die Labour Party in der Opposition auf keine kleinliche Parteizänkereien einlassen und die Regierungsvorschläge lediglich auf ihren Wert hin prüfen werde.

Am Donnerstag trat an der Londoner Börse ein starker Rückschlag ein. Auch das Pfund notierte erheblich schwächer.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Nachdem die Mitglieder und Sachverständigen der deutsch-französischen Wirtschaftskommission beiderseits ernannt worden sind, haben der Generalsekretär und der stellvertretende Generalsekretär der französischen Abteilung, Herr Coulondre, bevollmächtigter Minister im französischen Ausseministerium, und Herr Moschiller am 28. und 29. Oktober in Berlin Verhandlungen mit dem stellvertretenden Präsidenten und Generalsekretär der deutschen Abteilung, Herrn Trendelenburg, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, und Herrn Ritter, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, gehabt,

um das Arbeitsprogramm für die Kommission auszuarbeiten.

Die Kommission wird 4 Unterkommissionen bilden. Die deutschen und französischen Präsidenten und Generalsekretäre der Kommission sowie die Präsidenten der Unterkommissionen werden sich während der zweiten Novemberwoche in Paris zu einem ersten Gedankenaustausch versammeln, um die Arbeiten auf die Unterkommissionen zu verteilen, die dann ihre Tätigkeit alsbald aufnehmen werden."

SPD. Amsterdam, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der niederländischen-westindischen Kolonie Paramaribo kam es zu schweren Arbeitslosenunruhen. Es wurden Läden und Bäckereien geplündert und zahlreiche Gaslaternen zertrümmert. Da die Polizei machtlos war, griff Militär ein. Es kam zu einer förmlichen Schlacht. Mehrere Soldaten wurden schwer verletzt. Die Gaswerke und mehrere Fabriken stellten ihren Betrieb ein.

SPD. Das ganze Doppelspiel der Nazi-Bewegung ergibt sich wieder einmal aus dem "Nazi-Pressedienst". Dort steht in der Nummer vom 28. Oktober folgendes zu lesen :

"Das führende Zentrumsblatt, die "Germania", beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 28. Oktober 1931 reichlich aufgeregt mit einem Aufsatz, der im NSPD kürzlich veröffentlicht war. Wir stellen fest, dass im NSPD nicht selten Anschauungen vertreten worden sind und voraussichtlich auch noch weiter zum Ausdruck kommen werden, die nicht die Meinung des Vorstandes der Reichstagsfraktion der NSDAP widerspiegeln. Das trifft auch für den vorliegenden Fall zu. Es ist selbstverständlich, dass an dem, was unser Führer in seinem "Offenen Brief" an den Reichskanzler Dr. Brüning niedergeschrieben hat, in keiner wie immer gearteten Weise "gedreht und gedeutelt" werden kann. Um Missverständnissen für die Zukunft vorzubeugen, wird der Inhalt des NSPD von nun an in einen amtlichen und einen nichtamtlichen Teil gegliedert werden. Für das, was im "Nichtamtlichen Teil" zur Veröffentlichung gelangt, kann die Reichstagsfraktion bzw. die Parteileitung eine Verantwortung nicht übernehmen."

In dem amtlichen Teil werden die Anbiederungsversuche an die Regierung und die hinter ihr stehenden massgebenden Parteien fortgesetzt, in dem nicht-amtlichen werden die Regierung und die betreffenden Parteien wie bisher beschimpft werden. Der Futterkrippe wegen spielt man amtlich legal und tut vornehm. Nichtamtlich wird weiter gehetzt, damit die Meute nicht merkt was gespielt wird und wie sie verraten und verkauft werden soll. Eine Methode, die ebenso feige wie dumm ist.

SPD. London, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Cypern dauern die Unruhen an. Der Minister für die Kolonien Thomas hat an den Generalgouverneur der Insel ein Telegramm gesandt, in dem er diesen zur Bekämpfung der Unruhen freie Hand gibt. Der Minister teilt in dem Telegramm zugleich mit, dass die Verfassung der Insel von der englischen Regierung bald gemeinsam mit dem jetzigen Gouverneur revidiert werde.

SPD. Halle, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Bitterfeld sind dieser Tage unter dem Verdacht der Werkspionage mehrere Kommunisten festgenommen worden. Das Polizeipräsidium Halle teilt dazu mit :

"Auf Grund vertraulicher Mitteilungen war bekannt geworden, dass Anfang dieses Jahres in Bitterfeld eine geheime Sitzung stattgefunden hatte, in der von kommunistischer bzw. RGO-Seite von Angehörigen der I.G. Farbenwerke in Bitterfeld Auskünfte über die in den einzelnen Werke hergestellten Fabrikationserzeugnisse verlangt wurden. Der Verdacht liegt nahe, dass diese Auskünfte im Interesse einer ausländischen Macht erbeten worden sind. Im Verfolg der Ermittlungen sind vier Personen festgenommen worden, und zwar der Elektriker Thiele, kommunistischer Kreisabgeordneter des Kreises Bitterfeld, der Tischler Zieger, kommunistischer Stadtverordneter in Bitterfeld, der Maurer Müller, kommunistischer Gemeindevertreter in Greppin bei Bitterfeld und der Arbeiter Gruner, Mitglied der RGO. Thiele ist zurzeit Vorsitzender des Arbeiterrates der I.G. und Betriebsratsmitglied."

SPD. Der Preussische Staatsrat hat am Donnerstag beschlossen, gegen die Sparnotverordnung der preussischen Regierung Einspruch zu erheben. Ein entsprechender Antrag wurde einstimmig angenommen.

SPD. Warschau, 29. Oktober (Eig. Dr.)

In dem Prozess gegen die Oppositionsführer kam es am Donnerstag zu scharfen Zusammenstößen zwischen der Verteidigung und dem Gerichtsvorsitzenden, der allen Angeklagten immer wieder das Wort entzieht, sobald sie über Brest Litowsk sprechen wollen. Der Eisenbahnführer Mastek, der sich unter den Angeklagten befindet, wurde am Donnerstag sogar von der Verhandlung ausgeschlossen, weil er nach der Wortentziehung einen Zwischenruf gemacht hatte. Die Anwälte protestierten vergeblich gegen die Einschränkung der Verteidigung.

Es verlautet, dass Pilsudski, der am Donnerstag aus Rumänien zurückgekehrt ist, in Verlauf des Prozesses als Belastungszeuge aufzutreten beabsichtigt.

SPD, In Bremervörde, wo das Reichsbanner am vergangenen Sonntag einen Deutschen Tag veranstaltete, schlug ein Reichsbannermann mehrere Fensterscheiben ein. Der betreffende Reichsbannermann ist wegen dieser Handlungsweise inzwischen aus dem Reichsbanner ausgeschlossen worden.

SPD. Zürich, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Amtlich wird zu den schweizerisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen mitgeteilt :

"Es bestätigt sich, dass die deutsche Regierung dem in den Berner Verhandlungen in Aussicht genommenen Abkommen nicht zugestimmt hat und dass sie insbesondere das System der Zollkontingente ablehnt. Nach den gemachten Eröffnungen wäre zwar die deutsche Regierung bereit, mit der Schweiz in neue Verhandlungen einzutreten, ohne aber für diese bestimmte Grundlagen vorzuschlagen. Es muss wiederholt festgestellt werden, dass der Entwurf des vorläufigen Abkommens mit Deutschland keinerlei Bestimmungen enthält über die Abtragung der gegenüber der Schweiz bestehenden deutschen Verbindlichkeiten. Der Bundesrat wird nun in seiner nächsten Sitzung die der Sachlage entsprechenden Beschlüsse fassen."

SPD. Hamburg, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Hafenarbeiter Hamburgs haben den Schiedsspruch, der einen Abbau von 8,80 auf 8,30 Mark vorsieht, mit 85 % Mehrheit in der Urabstimmung abgelehnt. Die Unternehmer haben den Spruch angenommen.

Die Werftarbeiter-Delegierten haben den Schiedsspruch für die Werftorte des Nord- und Ostseegebietes, der 10 % Lohnabbau vorsieht, fast einstimmig angenommen. Die Unternehmer haben den Spruch abgelehnt. Die Arbeiter wollen durch die Annahme des Schiedsspruches verhindern, dass ein tarifloser Zustand eintritt, der den Unternehmern die Möglichkeit gibt, die Löhne noch mehr zu drücken.

SPD. Köln, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Für die Metallindustrie im Kölner Wirtschaftsgebiet wurde durch einen Schiedsspruch mit Wirkung vom 1. November ab ein neues Lohnabkommen mit folgenden Lohnsätzen für Arbeiter über 21 Jahre getroffen: Gruppe 1 = 82 Pfg., Gruppe 2 = 80 Pfg., Gruppe 3 = 80 Pfg., Gruppe 4 = 72 Pfg., Gruppe 5 = 70 Pfg. Modellschreiner = 81 Pfg. Die Zulagen bleiben wie bisher. Auch das Arbeitszeit abkommen wird mit Wirkung vom 1. November wieder in Kraft gesetzt. Beide Abkommen sind erstmalig zum 31. März 1932 kündbar.

Die Unternehmer hatten eine Herabsetzung der Tariflöhne der Gruppe 3 (Facarbeiter) von 85 auf 70 Pfg. und völlige Beseitigung der sozialen Zulagen gefordert.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag: -Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die vornehme Kanaille.

SPD. Die Berliner "Kreuz-Zeitung", das konservative Organ, fühlt sich bereits im Dritten Reich. Sie hat als redaktionelle Neuerung eine spaltenlange Rubrik "Aus dem Leben der Gesellschaft" eingeführt. Dort erzählt sie von Heiraten und Todesfällen und Verwandtschaftsverhältnissen aus den adligen Familien. Ganz im Einklang mit der Gesinnung und dem Anstand dieser Kreise hat das Blatt eine Hetze gegen den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun veranstaltet, weil er in Ascona ein kleines Wiesengrundstück gekauft hat, auf dem er ein kleines Haus für seine schwer kranke Frau bauen lassen will. Der schmutzige und hämische Angriff hat bis weit in die Kreise der Rechtspresse hinein lediglich Entrüstung hervorgerufen. Die Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung" hat der "Kreuz-Zeitung" das Folgende ins Stammbuch geschrieben:

"Wir verzeichnen diesen Sachverhalt mit aufrichtigem Bedauern darüber, dass es überhaupt notwendig ist, derart persönliche und familiäre Angelegenheiten eines Politikers, die wahrhaftig dem Parteikampf entzogen sein sollten, in der Öffentlichkeit zu erörtern."

Die "Kreuz-Zeitung" aber, frech und unehrenhaft, veröffentlicht auf derselben Seite, auf der sie über die Verwandtschaftsverhältnisse von Prinzen, Fürsten und Baronen sich verbreitet, trotz der inzwischen erfolgten Aufklärung das Folgende:

"Und damit man über den Zweck dieser für einen Vorkämpfer marxistischer Theorien immerhin merkwürdigen Siedlungspläne etwas hört, wird eine Rührgeschichte von der kranken Frau erzählt, die auf der besagten Wiese Luftkuren machen soll. Nun auf die Gefahr hin von der Braun-Presse der Verständnislosigkeit gegenüber solchen zwingenden Notwendigkeiten bezichtigt zu werden, wir haben von unseren Anmerkungen zu der Tatsache der Braun'schen Grundstücksankäufe in der Schweiz nichts zurückzunehmen."

Die Leute vom Adel, die ihre Familienverhältnisse in der "Kreuz-Zeitung" breittreten lassen, befinden sich bei dem Verfasser des gemeinen Anwurfs gegen Otto Braun in sehr guter Gesellschaft. Die schäbige und schmutzige Verleumdung die von niedrigster Gesinnung zeugende Begeiferung republikanischer Staatsmänner; das ist ihre Kampfwanne, die deutlich genug Wesensart und Charakter dieser Kreise aufzeigt. Dieser schmutzige Angriff zeigt die Schande des Angreifers und seiner Kreise. Es ist die vornehme Kanaille!

Die Hetze.

Jeder Sozialdemokrat und Republikaner, der an exponierter Stelle steht, wird von dem sogenannten "erwachenden Deutschland" von den journalistischen Schmutzfinken des Dritten Reiches mit den dreckigsten Verleumdungen bedacht. Angesichts der Haltung der deutschen Justiz ist dies für das politische Straußrittertum der nationalen Leute ein ganz gefahrloses Geschäft. Die betroffenen pflegen in der Regel achselzuckend über die Anwürfe hinwegzugehen. Nur selten setzt sich einer von ihnen zur Wehr. Der frühere badische Minister Adam Remme, jetzt Geschäftsführer der Mannheimer "Volksstimme", war jahrelang die Zielscheibe wüstester Verleumdungen und Beschimpfungen, an denen sich besonders die nationale Jugend von der Universität Heidelberg beteiligt hat. Seitdem er aus dem Ministeramt ausgeschieden ist, wird er ständig angegriffen wegen seiner Pension, die die nationale Presse höhnend seine "Arbeitslosenunterstützung" nennt.

In der Mannheimer "Volksstimme" rechnet nun Remmele vor, dass er nach zwölfjähriger Dienstzeit als Minister, nach Abzug der Steuern eine Pension von monatlich 567 Mark erhält. Er fügt dem hinzu:

"Die nationale Opposition hatte aber dafür gesorgt, dass mir dieser Betrag nicht verbleibt. Sie hat mich bei der vorjährigen Reichstagswahl besonders dadurch hart treffen wollen, dass sie mir Beziehungen zu einer Frauensperson nachsagte. Vor Gericht machten die Verleumder zu einer Beweisführung nicht einmal den Versuch. Meine Frau aber verlor dadurch ihre damals schon geschwächte Gesundheit vollends. Für die seitdem notwendig gewordene Anstaltsbehandlung habe ich im Monatsdurchschnitt 260 Mark zu leisten. Infolgedessen verbleiben von der Pension noch 307 Mark."

Remmele rechnet dann weiter vor, dass er mit 100 Mark pro Monat einen arbeitslosen Verwandten unterstützt und dass der verbleibende Rest seiner Pension auf seine jetzigen Arbeitsbezüge angerechnet wird.

Man kann ermessen, wie schwer getroffen ein Mann von der verleumderischen Hetze sein muss, ehe er sich zu einer solchen öffentlichen Darlegung entschliesst. Diese Darlegung aber ist zugleich das schärfste moralische Urteil gegen die schmutzigen, gesinnungslosen und verleumderischen Burschen, denen es zwar nicht gelungen ist, den Mann, aber wohl die Frau bis zum Niederbruch zu hetzen.

Es erhebt sich die Frage: setzen sich die von der Verleumdung Betroffenen nicht viel zu wenig gegen die Angriffe der Kloake zur Wehr?

Jeder sein Graf.

Die Nationalsozialisten haben ihren Grafen Helldorf, der erst sein Vermögen verjubelt hat und dann den Kommandeur der Hitlermiliz spielt. Er steht jetzt vor Gericht wegen der Berliner Kurfürstendamm-Pogrome und bietet dort das typische Bild eines deklassierten adligen Jüngelchens.

Wenn die Nazis ihren Grafen haben, müssen die Kommunisten ihn auch haben. Die haben sich den Grafen Stenbock-Fermor zugelegt, der zu dem Kreise um den Leutnant Scheringer gehört. Der Herr Graf hat sich, als er noch nicht kommunistisch war, gerühmt, dass er aus Faulheit Arbeitermörder geworden ist. Jetzt macht er in kommunistischer Arbeiterfreundschaft und tötet selbstverständlich Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbonzen. Er hat in der "Frankfurter Zeitung" zwei Aufsätze über Hungerlöhne in Thüringen veröffentlicht, die ganz ausgezeichnet waren. Sie waren nämlich Abschriften aus einer von einem Gewerkschaftssekretär verfassten und vom Deutschen Fabrikarbeiter-Verband im Jahre 1925 herausgegebenen Broschüre. Der Herr Graf schmätzt die Gewerkschaftsbonzen, aber er schreibt sie ab und verkauft deren Arbeit als seine eigene. Der Herr Graf hat sich nicht einmal die Mühe genommen, die statistischen Angaben über die Löhne vom Jahre 1925 auf den Stand des Jahres 1931 zu bringen. Ein sauberer Graf! Er passt in die Kommunistische Partei.

Militarismus als Rettung.

Der Stahlhelmführer Düsterberg hat dieser Tage ein sogenanntes Wirtschaftsprogramm des Stahlhelm entwickelt, dessen Kernsatz war, dass Heeresvermehrungen in Deutschland vermehrte Aufträge und vermehrten Wohlstand bringe. Wer die vermehrten Aufträge bezahlen soll, darüber schweigt natürlich der Stahlhelm.

Dies Wirtschaftsprogramm steht ganz auf dem Niveau jenes Kölner Schneidermeisters, der vor einigen Tagen bei einer Besprechung der Notlage im Maßschneidergewerbe klagte: "Früher wurde der junge Mann mit 20 Jahren Soldat, da war es sein Stolz, eine eigene Uniform zu besitzen. Wenn er dann drei Jahre lang des Kaisers Rock getragen, dann liess er sich einen eigenen Zivilanzug bauen. So kam der Kunde viel früher als heute zu seinem Schneidermeister."

Da haben wirs. Je mehr das Volk Steuern für den Militarismus zahlen muss, umso besser geht es den Leuten von der Wirtschaftspartei und den Führern vom Stahlhelm!

Aus aller Welt

Verkehrsturm des Aethers.

Besuch in der Funküberwachungsstelle. - Unfolgsame Sender und gebluffte Schwarz-
hörer.

SPD.Tausende von Londoner Schwarzhörern sind dieser Tage auf amüsante Art hereingefallen. Ein schwarzes Auto mit einer riesigen Rahmenantenne auf dem Deck, und grossen Aufschriften "Melde Deinen Rundfunkapparat an!" an den Seitenwänden patrouillierte durch die Stadt. Am nächsten Tage standen in den englischen Zeitungen lange Berichte über den "Funkspürwagen", der zahlreiche Schwarz Hörer festgestellt und ihrer verdienten Strafe zugeführt habe. Ein wahrer Sturm setzte auf die Postämter ein, in vielen Bezirken waren schon nach wenigen Stunden die Anmeldeformulare aufgebraucht, die zahlenden Radiohörer vermehrten sich um ein paar Tausend.

Erst nach einer Woche stellte sich heraus, dass alles nur - mit oder ohne Absicht der englischen Post, das erfuhr man nicht genau - ein grossartiger Bluff gewesen war. Der unheimliche schwarze Wagen, der angeblich die Rolle eines Funkdetektivs gespielt hatte, war weiter nichts als ein wandelnder Appell an die Moral der Londoner. Aber er hatte seine Aufgabe erfüllt - und die ehemaligen Schwarz Hörer, die sich so schnell ins Bockshorn jagen liessen, mögen schon geschimpft haben.

Auch Deutschland besitzt eine Stelle, der die Ueberwachung des Funkwesens obliegt. Ebensowenig wie in England denkt man aber bei uns ernsthaft daran, einen grossen Apparat in Betrieb zu setzen, um den einen oder anderen Schwarz-
hörer zu entdecken.

"Wir sind keine Funkpolizei", erklärt Direktor Dr.Harbuch von der "Funküberwachungsstelle" in Berlin-Tempelhof, "kein Schupo, der als strafende Instanz über den Wellen thront und jeden Funkverbrecher, sei er nun Schwarzsender oder Schwarz Hörer, ins Loch steckt - wir wollen vielmehr die wachsamsten Freunde, die warnenden technischen Berater des Radio- und Funktelegrafiewesens sein. Mit weit grösserer Berechtigung könnte man den kleinen Turm hier oben, in dem die Ueberwachungsstelle ihren Sitz hat, mit einem Verkehrsturm für Aetherwellen vergleichen, durch dessen Fürsorge sich der drahtlose Verkehr möglichst reibungslos abspielen soll. Die Funküberwachungsstelle ist eine Unterabteilung des Reichspostzentralamtes, der Generalbehörde Deutschlands für sämtliche technischen Angelegenheiten der Reichspost. Das Zentralamt umfasst einen Stab von 1 500 Technikern aller Gebiete; jede Maschine, jeder Apparat, der von der Reichspost verwendet werden soll, wird hier zuerst auf seine Brauchbarkeit geprüft, in den Laboratorien wird ständig an technischen Verbesserungen gearbeitet, ob es nun der Fernseher oder ein neuer Telefonautomat ist.

Die Hauptaufgabe unserer Abteilung Funküberwachung ist die Kontrolle der Wellenlängen, die den einzelnen Sendern des In- und Auslandes zugeteilt wurden und die möglichst genau einzuhalten sind, damit kein Sender den anderen stört, Telegrafie und Rundfunk sich nicht überschneiden und der Hörer einen konstant guten Empfang hat. Unsere Ueberwachungsstelle, die in dieser Form wohl die einzige in Europa ist, hat durch ihre Arbeit erreicht, dass die deutschen Stationen von allen Sendern der Welt am genauesten arbeiten. Entstehen Wellenschwankungen, so wird der betreffende Sender sofort telefonisch darauf aufmerksam gemacht und bemüht sich dann gleich, seine ihm zugeteilte Wellenlänge genauer einzuhalten.

Auch die Kurzwellensender gehören zu unserem Arbeitsfeld. Es gibt etwa

50 konzessionierte Kurzwellensender in Deutschland; sie gehören Funkvereinen, Behörden, Fachleuten, Verlagshäusern. Heute erhalten auch Vereine keine Sendeerlaubnis mehr, aber erteilte Konzessionen werden nicht zurückgezogen. Nach schwarzen Kurzwellensendern fahnden wir nicht - noch viel weniger natürlich nach Schwarzhörern. Gelegentlich aber verrät sich so ein unerlaubter Sender selbst, oder er wird durch seine Freunde in aller Welt, die ihn mit seinem Zeichen anrufen, verraten. Solche Entdeckungen ergeben sich jedoch ganz nebenbei, während die erlaubten Sender kontrolliert werden. Natürlich lassen sich schwarze Sender auch durch sogenannte Funkpeilung ermitteln, aber das Verfahren ist umständlich und nicht immer erfolgreich; nur bei böswilligen Störsendern, etwa Propagandasendern radikaler politischer Parteien, lohnt es sich, das Verfahren anzuwenden; man muss mit zwei Autos mit drehbaren Rahmenantennen gewissermassen auf den beiden Schenkeln eines gedachten Dreiecks, dessen Spitze der gesuchte Sender ist, unter ständiger Kontrolle der Richtung und Lautstärke vorgehen. Aber dieser Fall kommt ja äusserst selten vor."

Dr. Harbich lässt durchblicken, dass man hier den schwarzen Kurzwellenamateur keineswegs als Schwerverbrecher betrachtet, so lange er keinen Schaden anrichtet; sicher weiss man nirgends besser als an dieser Stelle, dass das Amateursendeverbot in Deutschland durchaus nicht von der Glorie absoluter Gerechtigkeit umstrahlt ist - so drückt man wohl ein Auge zu und lässt die kleinen Sünder nach Möglichkeit laufen...

Mit einem Techniker betreten wir das Innere des Turms, in dem die Funküberwachung haust. Ein kleiner Raum, drei Dutzend verschiedenster Apparate auf Tischen und an den Wänden: hier laufen also die unsichtbaren Fäden von hunderten von Sendern zusammen - drei Menschen überwachen und regeln von ihrem Beobachturm aus das ganze Riesenmeer der Aetherwellen!

Der Techniker erklärt das Wichtigste: hier ist ein gewöhnlicher Empfänger mit Kopfhörer. Macht sich die Ungenauigkeit eines Senders bemerkbar - die präzise Einstellung dauert kaum fünf Minuten -, so wird mit einem zweiten Apparat die Differenz kontrolliert. Ein Telefonschrank mit eigenen Leitungen zu allen wichtigen und einschlägigen Stellen schafft die Möglichkeit, ohne den Umweg über das Fernamt mit dem ungenau arbeitenden Sender in Verbindung zu kommen. Besonders wichtig ist ein Kurzwellenempfänger für die Überwachung der Vereins- und Amateursender, des Polizei-, Schiffs- und Eisenbahnfunks und der Pressesender, die den Zeitungen die drahtlosen Meldungen übermitteln. Eine moderne Flachkartei enthält Namen, Rufzeichen und Wellenlänge von 1 200 Stationen.

In der Praxis werden hier - was den Laien zunächst verwundert - hauptsächlich Telegrafiesender überwacht. Die Hauptsendezeit der Rundfunkstationen ist der Abend; diese Kontrolle wird meist von zwei Beamten in ihren Privatwohnungen ausgeführt, wo Empfangsgeräte aufgestellt sind. Aber im Laufe der Jahre hat sich das Rundfunkwesen so gut eingespielt, dass Störungen und grobe Ungenauigkeiten nur selten auftreten.

Ela.

+ + +
Hamel über Calmette.

Die Aussage des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes im Lübecker Prozess.

SPD. Lübeck, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstag-Sitzung des Calmette-Prozesses wurde zunächst die Schwester Gertrud Hoffmann über den Verlauf einer telefonischen Unterredung vernommen, die Ingenieur Pangelt, der frühere Vorsitzende der als Nebenkläger zugelassenen Elternschaft, mit ihr zu Beginn der Hauptverhandlung geführt hatte. Pangelt wollte von der Zeugin wissen, in welcher Weise Dr. Altstaedt die Hebammen über das Calmette-Mittel instruiert habe. Schwester Hoffmann hatte bei dem Telefongespräch den Eindruck, als ob Pangelt gern Belastendes gehört hätte.

Die sehr wichtige Aussage des Präsidenten Hamel vom Reichsgesundheitsamt Berlin wurde Wort für Wort protokolliert. Der Zeuge führte aus: Die Länder sind nach der Reichsverfassung für ihre Angelegenheiten, die sich auf die Gesundheitspflege beziehen, an sich selbständig und nicht verpflichtet, beim Reichsgesundheitsamt oder beim Reichsministerium des Innern anzufragen, bevor sie Massnahmen treffen, die sie für richtig halten. Bei der Empfehlung, welche in der Sitzung des Reichsgesundheitsrates vom 11. März 1927 hinsichtlich der Anwendung des Calmette'schen Verfahrens bei Säuglingen in grösserem Umfange beschlossen wurde und deren Veröffentlichung in den medizinischen Wochenschriften veranlasst worden ist, handelte es sich darum, dass der Reichsgesundheitsrat eine Anwendung in grösserem Masstab vermieden wissen wollte. Es sollten zunächst noch die angeregten Untersuchungen abgewartet werden, für deren Weiterverfolgung eine besondere Kommission eingesetzt wurde. Berichte wie der über die Sitzung des Reichsgesundheitsrates vom 11. März 1927 werden stets den einzelnen Ländern übersandt. Ich nahm deshalb als selbstverständlich an, dass ein Exemplar dieses Berichtes auch nach Lübeck gesandt worden ist. Der Reichsgesundheitsrat hat in der Folgezeit irgendeine Erklärung, durch welche er von seiner Stellungnahme, die sich aus dem Bericht über die Sitzung vom 11. März 1927 und dem Schreiben vom 11. Juni 1927 des Reichsministeriums des Innern ergibt, abgewichen wäre, nicht abgegeben. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass das Schweigen so aufzufassen war, dass man an dem bisherigen Standpunkt festhalte. Zu der Zeit, als das Calmettemittel der Lübecker Bevölkerung empfohlen wurde, waren die Arbeiten des Unterausschusses und die wissenschaftlichen Arbeiten, welche von diesem Unterausschuss veranlasst worden waren, noch nicht so weit gediehen, dass ein Beamter der zuständigen Abteilung meiner Behörde an mich mit dem Vorschlage herangetreten wäre, eine abermalige Beratung des Reichsgesundheitsrates wegen der fraglichen Angelegenheit stattfinden zu lassen. Ohne eine derartige abermalige Beratung des Reichsgesundheitsrates konnten irgendwelche Massnahmen in dieser Angelegenheit aber von mir nicht veranlasst werden. Als ich in Paris die Nachricht von den Lübecker Vorgängen erhielt, war ich über das eingetretene Unglück und darüber, was mir als weitere Ausbreitung des Unglücks vor Augen stand, geradezu "erschlagen". Ich war ferner auch deswegen unangenehm überrascht, weil man in Lübeck das Verfahren empfohlen hatte, trotzdem der Reichsgesundheitsrat abgeraten hatte. Ausserdem war von Lübeck aus keine Verständigung mit dem Reichsgesundheitsamt oder mit dem Reichsministerium des Innern erfolgt, obschon es der Gepflogenheit entspricht, dass sich Landesstellen in so einem Fall mit der zuständigen Reichsstelle ins Benehmen setzen.

Schliesslich verwahrte sich Professor Hamel noch gegen die Unterstellung, dass er jemals Geheimrat Bielefeld gegenüber geäussert habe, dass der Weg für die Anwendung des Calmette-Verfahrens frei sei.

+ + +
Non stop-Flug nach Aegypten. Ein englisches Militärflugzeug legte ohne Zwischenlandung die Strecke von London nach Abu Sueir (Aegypten) in 36 Stunden zurück. Die besonders für Langstreckenflüge gebaute Maschine soll im nächsten Jahr in den Dauerflugdienst der Strecke London-Kapstadt eingeführt werden.

+ + +
200 000 Mark unterschlagen. Ein Prokurist einer Warengrosshandlung in Stettin hat durch private Spekulationen seine Firma um etwa 200 000 Mark geschädigt. Als das Vergehen aufgedeckt wurde, erschoss sich der Defraudant. Seine Freundin nahm er mit in den Tod.

+ + +
Sklareks Darlehensgesuche. Im Berliner Sklarek-Prozess kamen in der Donnerstag-Sitzung die Darlehensgesuche der Firma Gebrüder Sklarek zur Sprache. An der Abfassung der entsprechenden Gesuche an die Stadt Berlin wirkte merkwürdigerweise der angeklagte frühere Stadtrat Degner mit. Der Stadtkämmerer hatte für den Kredit Sicherheiten verlangt. Als aus diesem Grunde der

frühere Stadtamtsrat, jetzige Angeklagte Sakolowski zu den Sklareks geschickt wurde, um den Wert ihres Warenlagers festzustellen, bezifferte Sakolowski den Buchwert der Firma Sklarek auf 2,15 Millionen und ihren jährlichen Umsatz auf 6,5 Millionen. Vor Gericht räumte der Angeklagte Sakolowski die Möglichkeit ein, dass er diese Zahlen von den Sklareks erhalten und gedankenlos übernommen haben könne. Ausserdem wird dem Angeklagten Sakolowski vorgeworfen, dass er die Preise und Qualität der von den Sklareks an die Stadt gelieferten Waren nicht genügend kontrolliert habe. Die gerichtliche Beweisaufnahme bestätigte in beträchtlichem Masse die Berechtigung dieses Vorwurfes.

+ + +
"Zwei Welten". In der Nähe von Kattowitz wurden die Leichen eines Studenten und eines jungen Mädchens aus Krakau aufgefunden. Das Paar ist in den Freitod gegangen, weil sich die Eltern des katholischen Studenten dem Wunsche ihres Sohnes, eine Jüdin zu heiraten, widersetzt hatten.

+ + +
Ausgehobene Falschmünzerei. In einer Wohnung in Rothenburgsort bei Hamburg wurde eine Falschmünzwerkstätte ausgehoben, drei Männer und eine Frau, die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von 50-Pfennig- und 1 Mark-Stücken beschäftigt hatten, wurden verhaftet.

+ + +
Zu Tode misshandelt. In Hamburg wurde ein 24-jähriger Schiffsheizer unter dem Verdacht festgenommen, sein vierjähriges Kind zu Tode misshandelt zu haben.

+ + +
Entdeckung einer Cheruskerburg. Auf dem Gehrdenener Berg bei Hannover entdeckte der Direktor des Hannoverschen Provinzialmuseums, Dr. Jakob Friesen, durch Grabungen eine Cheruskerburg aus der Zeit um Christi Geburt. Innerhalb eines 150 Meter langen und etwa 100 Meter breiten Walles, der schon länger bekannt war, fand Dr. Friesen sehr charakteristische Gefäss-Scherben. Man glaubt Anhaltspunkte dafür zu haben, dass von dieser Burg aus ein Teil der Cherusker in die Varusschlacht gezogen ist.

+ + +
Ein Kind gepfändet! In dem besarabischen Dorf Patroles sequestrierte der Gerichtsvollzieher der Gemeinde, der im Hause eines Bauern wegen nicht bezahlter Steuern vergeblich einen Wertgegenstand zu pfänden suchte, den zehnjährigen Sohn des Bauern. Der rabiate Vollstreckungsbeamte nahm das Kind mit und übergab es der Frau des Gemeindedieners mit der strengen Anweisung, es nicht ohne seine Erlaubnis den Eltern zurückzugeben. Erst nach zwei Tagen, als die empörten Dorfbewohner das Gemeindeamt zu stürmen und den Gerichtsvollzieher zu lynchen drohten, griff der Kreispräfekt ein und machte der seltsamen Pfändung ein Ende.

+ + +
Die gefährliche Bahnüberführung. Nach einer amerikanischen Statistik wurden in den ersten 5 Monaten dieses Jahres durch Unfälle an Eisenbahnkreuzungen 828 Personen getötet, gegen 808 in der gleichen Periode des Vorjahres. Die Zahl der Unfälle betrug 1839.

+ + +
Die höhere Macht. 50 amerikanische Geistliche haben sich der Bewegung der Kriegsdienstverweigerer angeschlossen, denen der Staat das Bürgerrecht abspricht, wenn sie weiter auf ihrem Standpunkt verharren. Die Geistlichen begründen ihren Schritt in einer Eingabe an den Kongress mit folgenden Worten: "Wir sind derselben Meinung, die im Minderheitsbericht des Obersten Gerichtshofes in dieser Angelegenheit ausgesprochen ist, dass nämlich auf dem Gebiet des Gewissens die Verpflichtung einer höheren moralischen Macht, als sie der Staat hat, besteht."

Gewerkschaftliche Bundschau

Wo ist die Grenze?

Zur Lockerung der Tarifverträge.

SPD. Der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung hat seine Arbeiten begonnen. Was wird das Resultat seiner Arbeiten sein? Die Antwort kann nur lauten: neue Opfer. Darüber sind sich die Götter bereits im klaren. Die Frage ist nur, ob auch nun diese neuen Opfer wenigstens halbwegs gerecht auf alle Schultern verteilt werden. Bei den christlichen Gewerkschaften ist man optimistisch. Ihre Blätter betonen, es erscheine ausgeschlossen, dass etwa beabsichtigt sein könnte, die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats so zu führen, dass ein die sozialen Interessen der Arbeitnehmer einseitig belastendes Ergebnis dabei herauskommt. Dass bei der Erörterung der Wirtschaftsfragen auch die Lohn- und Tariffragen mit in den Kreis der Erörterung gezogen werden, sei natürlich naheliegend; es werde auch kaum jemand geben, der etwas anderes erwarte.

Selbstverständlich wird auch die Lohn- und Tariffrage im Wirtschaftsbeirat angeschnitten werden. Ob aber gerade bei diesen Fragen in den Beratungen "ein die sozialen Interessen der Arbeitnehmer einseitig belastendes Ergebnis" vermieden wird? Wenn die Arbeiterschaft in diesem Punkt sehr skeptisch ist, dann nicht zuletzt infolge der Haltung des Reichsarbeitsministeriums; denn die Auflockerung der Tarifverträge ist vom Reichsarbeitsministerium bereits sehr kräftig gefördert worden. Die Haltung des Ministeriums in der Frage der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen zeigt ja bereits zur Genüge, wohin die Reise gehen soll.

Die Wünsche der Regierung für die Tariffrage werden in den christlichen Organen so formuliert: An dem Institut des Tarifvertrages und auch an seiner Unabdingbarkeit solle nichts geändert werden, ebenso auch nicht an dem Schlichtungswesen mit seiner Verbindlichkeitserklärung. Dagegen wolle man Möglichkeiten schaffen, dass besonders gefährdete Betriebe aus dem Tarifvertrag herausgenommen werden können, wenn Verhandlungen mit den Gewerkschaften die Notwendigkeit einer Herausnahme ergäben. Damit von den beiden Parteien die Verhandlungen nicht verschleppt werden können, solle das antragstellende Werk über seinen Arbeitgeberverband das Recht haben, den zuständigen Schlichter anzurufen, der dann nach Anhörung der beiden Parteien d.h. also des Arbeitgeberverbandes und der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften einen verbindlichen Schiedsspruch fällen werde. Mit anderen Worten: Ein angeblich gefährdeter Betrieb verhandelt zunächst mit den Gewerkschaften zwecks Befreiung vom Tarifvertrag. Kommt er damit nicht zum Resultat, dann stellt der Schlichter durch einen verbindlichen Schiedsspruch diese Befreiung her. Nach dieser Befreiung kann dann der Betrieb Einzelverträge mit den Arbeitnehmern abschließen, die im Gegensatz zur bestehenden Übung individuell gestaltet werden können.

Der Umstand, dass die Verhandlungen über die Herausnahme eines Betriebes aus dem geltenden Tarifvertrag zwischen den Kontrahenten des Vertrages geführt werden und nicht zwischen der Betriebsleitung und der Betriebsvertretung, schafft die mit diesem Vorschlag verbundene Gefahren nicht aus der Welt. Der Betrieb, der durch einen verbindlichen Schiedsspruch tariflos gemacht worden ist, kann Schundlöhne bezahlen und zwar so schlimme Schundlöhne, dass es selbst den nicht aus dem Tarif entlassenen Betrieben angst und bang werden muss. Auch die Tariflockerung hat nämlich wie jedes Ding zwei Seiten. Sie kann unter Umständen auch den Arbeitgebern gefährlich werden. So hat erst dieser Tage der Bund deutscher Betonwerke e.V. dem Reichsarbeitsminister auf die

durch eine Mitteilung vom 16. Oktober erfolgte Ablehnung der Allgemeinverbindlicherklärung eines Provinzialtarifs im wesentlichen folgendes geantwortet:

"Wenn die Ablehnung den Sinn haben soll, dass die Vertragsparteien veranlasst werden, in neuer Vereinbarung die Löhne noch weiter herabzusetzen, so wird dieser Weg - vorausgesetzt, dass er gelingt - solange ohne Erfolg bleiben, als die Unorganisierten immer noch in der Lage sind, auch die neuen Löhne zu unterschreiten. Wir nehmen daher an, dass das Reichsarbeitsministerium gewisse Lohngrenzen bezeichnen kann, bei denen die im Schreiben vom 16. Oktober 1931 geäußerten Bedenken nicht mehr vorliegen, bei denen also eine Allgemeinverbindlichkeit erfolgen würde."

Wo soll die unterste Grenze sein? Das ist die Frage. Sie ergibt sich zwangsläufig aus der Auflockerung des Tarifvertrags. Bei dieser Auflockerung geht es wie bei der Auflockerung eines Mauerwerks. Die Gefahr, dass der ganze Bau ins Rutschen kommt, wenn erst einmal wichtige Stützen aus den Mauern herausgebrochen werden, liegt klar zutage. Es gibt "Reparaturen", die ganze Häuser ruiniert haben. Wir fürchten, die Reparatur des Tarifrechts endet bei einem Trümmerhaufen.

SPD. Die Schlichtungsverhandlungen für die Reichsarbeiter, die am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, endeten mit der Fällung eines Schiedsspruches, der für die einzelnen Lohngruppen, Lohngebiete und Ortsklassen einen Lohnabbau von 2 bis 6 Pfennigen pro Stunde vorsieht. Die Erklärungsfrist läuft bis Dienstag, den 3. November vorm. 12 Uhr.-

Der Schiedsspruch bedeutet eine wesentliche Verschlechterung gegenüber den in der Notverordnung vom 5. Juni vorgesehenen Lohnkürzungen. Er ist auch absolut keine Grundlage für die bevorstehenden Schlichtungsverhandlungen der Gemeindearbeiter, Eisenbahner und Reichspostarbeiter. Durch den Spruch ist - das muss mit aller Schärfe betont werden - der Lohnstreit der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe in ein recht kritisches Stadium getreten. Die Regierung wird gut tun, den Schiedsspruch so rasch wie möglich einer Revision zu unterziehen. Er ist für die von ihm betroffenen Arbeitnehmer gänzlich untragbar.

SPD. Die neuen Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne der Reichspostarbeiter, die am Donnerstag zwischen den Parteien stattfanden, sind gescheitert. Das Reichspostministerium wird nunmehr den Schlichter anrufen.

Der Vertreter des Reichspostministerium hielt in den Verhandlungen an dem Abbau der Löhne nach den Bestimmungen der Notverordnungen fest. Die Organisationsvertreter lehnten einen weiteren Lohnabbau mit aller Entschiedenheit ab.

SPD. Die Reichsbahn hat den in ihrem Lohnstreit mit den Eisenbahnarbeitern gefällten Zwischenschiedsspruch, der eine Vertagung der Lohnregelung bis nach der Lohnentscheidung für die Reichsarbeiter vorsieht, abgelehnt. Eine Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruchs kommt kaum in Frage.

Wirtschaft Technik Handel

Lügenpropaganda in USA.

Ist der Sozialismus an der Unrentabilität der Vereinigten Stahlwerke schuld

SPD. Die Rede, die Fritz Thyssen vor einigen Tagen in der amerikanischen Columbia-Universität gehalten hat und in der er die soziale Revolution in Deutschland für den wirtschaftlichen Zusammenbruch und sogar für den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ebenso verantwortlich macht wie den Versailler Vertrag, liegt nun im Wortlaut vor. Thyssen hat unverhüllt an die internationale Klassensolidarität der Kapitalisten zur Niederwerfung der deutschen Gewerkschaften appelliert. In Amerika zieht ein solcher Appell. Wie die Erfahrungen der englischen Labour-Regierung kurz vor dem Pfundsturz beweisen, bedeutet der Kampf der New Yorker Bankiers gegen die Staatsbeeinflussung durch die Arbeiterschaft einfach die Kreditblockade. Deshalb muss schon festgestellt werden, dass Fritz Thyssen seine Zuhörer nach Strich und Laden belogen hat.

Drei konkrete Behauptungen hat Thyssen zum Beweis dafür angeführt, dass neben dem Friedendiktat von Versailles der Einfluss der Gewerkschaften für Deutschland ruinös geworden sei: von 1913 bis 1930 seien die deutschen öffentlichen Ausgaben von $7\frac{1}{2}$ auf 30 Milliarden gestiegen, die Vereinigten Stahlwerke hätten pro Tonne Stahl sechs mal so viel Steuern und soziale Lasten zu zahlen als amerikanische Stahlwerke und die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben überhaupt die Rentabilität in Deutschland zerstört.

Die öffentlichen Ausgaben in Deutschland sind 1913 bis 1930 nicht von $7\frac{1}{2}$ auf 30 Milliarden Mark gestiegen. Soweit sie wirklich gestiegen sind, hat die Steigerung mit den Auswirkungen "der sozialen Revolution" nur in allergeringstem Umfang zu tun. Herr Thyssen hat $2\frac{1}{2}$ Milliarden "öffentliche" soziale Aufwendungen für 1913 unterschlagen; die Ziffer von 1913 ist also mindestens 10 Milliarden. Die Geldentwertung gegenüber 1913 hat mit der sozialen Revolution in Deutschland nichts zu tun; sie ist international. Der Vorkriegswert von 10 Milliarden entspricht nach der durchschnittlichen Kaufkraftsenkung von 50 Prozent einem Gegenwartswert von 15 Milliarden Mark. Die öffentlichen Ausgaben Deutschlands für 1930 sind nicht 30, sondern höchstens 27 Milliarden Mark. Das Missverhältnis reduziert sich also schon von $7\frac{1}{2} : 30$ auf $15 : 27$ Milliarden. Von diesen 27 Milliarden aber sind $3\frac{1}{2}$ Milliarden Mark unmittelbare äussere und innere Kriegslasten. Nicht viel weniger betragen die sozialen Unterstützungslasten aus den durch Inflation zerstörten Rentnervermögen. Und wenigstens 2 Milliarden mussten 1930 zusätzlich für unverschuldete Arbeitslosigkeit gezahlt werden, die in erster Linie eine Folge der 1929 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise ist. Es bleibt eine Differenz von vielleicht 1 Milliarde Mark, die Herr Thyssen "der sozialen Revolution" in Deutschland zu Lasten schreiben darf. Der "Patriot" Thyssen spricht aber von $22\frac{1}{2}$ Milliarden, beschuldigt Deutschland damit einer furchterlichen Verschwendung und ruiniert Deutschlands Kredit im Ausland.

Dass die Vereinigten Stahlwerke sechs mal so viel Steuern und Soziallasten zahlen müssen als amerikanische Werke, ist ebenfalls eine Unwahrheit. Wir stellen im folgenden zunächst die von den Vereinigten Stahlwerken und der amerikanischen United States Steel Corp. gezahlten Steuern im Verhältnis zu dem jeweiligen Umsatz an konzernfremde Käufer zusammen:

	Vereinigte Stahlwerke A.G.			United States Steel Corp.		
	Umsatz	Steuern	Prozent	Umsatz	Steuern	Prozent
	(in Mill. Mark.) vom Umsatz			(in Mill. Mark.) vom Umsatz		
1929	1445	61,6	4,3	980	55	5,6
1930	1261	61,8	4,9	767	48	6,2

Die von uns wiedergegebenen Ziffern sind die Ziffern der Geschäftsberichte. Es ergibt sich zunächst die gegenüber der Behauptung Thyssens grösste Tatsache, dass der grösste amerikanische Stahltrust noch 1,3 Prozent vom Umsatz mehr Steuern zu zahlen hatte als die Vereinigten Stahlwerke. Rechnet man den Vereinigten Stahlwerken die Soziallasten hinzu und nimmt man an, dass der United Steel Trust überhaupt keine sozialen Ausgaben hätte - was nicht der Fall ist -, so beträgt die gesamte Steuer- und Sozialbelastung der Vereinigten Stahlwerke 8 bzw. 9,2 Prozent vom Umsatz an Konzernfremde. Nun kostet aber der Kohlenbergbau, der bei den Vereinigten Stahlwerken einen viel grösseren Anteil am Umsatz hat als bei der United States Steel - diese kaufen die Kohlen - viel grössere Sozialleistungen als die Stahlproduktion. Für eine richtige Vergleichung sind die 8 bzw. 9,2 Prozent also noch entsprechend zu kürzen. Die Behauptung Thyssens von der 6fach grösseren Belastung der deutschen Vereinigten Stahlwerke ist also eine mehr als 12fache Uebertreibung. Herr Thyssen dürfte, um zu seinem Taschenspieterschwindel zu kommen, auf die dreimal grössere Stahlproduktion der United States Steel Corp., die kaum Kohlenbergbau betreibt, die gesamte Steuer- und Soziallast des deutschen Stahltrust einschliesslich aller Bergbaulasten einfach umgelegt haben. Eine ungläubliche Irreführung!

Dass die Rentabilität in Deutschland nicht durch die Politik der Gewerkschaften zerstört worden ist, beweisen wir an Hand der Rentabilität der Vereinigten Stahlwerke selbst. Für 1931 wird der deutsche Stahltrust sicher ohne Dividende bleiben. Der Umsatz ging von 1260 auf 840 Millionen Mark gegen das Vorjahr zurück. Am Umsatzrückgang sind die Gewerkschaften und der Sozialismus nicht schuld. Betriebskosten einschliesslich Löhne und Gehälter betragen kaum mehr als 75 Prozent des Vorjahres; Löhne und Gehälter sind ja erheblich gekürzt. Der Bruttoüberschuss beträgt vielleicht 90 bis 100 Millionen. Zinsen, Steuern, Soziallasten kosten vielleicht 130 bis 140 Millionen, Abschreibungen mindestens 80 Millionen wie im Vorjahr. So kommt man vielleicht, trotz Lohn- und Gehaltsabbau um etwa 1/5, zu einem Verlust für 1930/31 von 120 Millionen Mark. Sind die Gewerkschaften an dieser Unrentabilität schuld? Das kann niemand behaupten.

Freilich hat Herr Thyssen allen Grund, in Amerika die Unwahrheit über Deutschland und die Gewerkschaften zu verbreiten. Denn dieser kleine Sohn eines grossen Vaters starrt heute auf die 16 Prozent, die seine Stahlwerksaktien in Deutschland zuletzt noch wert waren. Er darf die jährlich - bis 1942! - 15 Millionen Mark Verluste aus den schwedischen Erzlieferungsverträgen, die 30 zuletzt noch für wertlose Beteiligungsverkäufe vom Stahltrust hinausgeworfenen Millionen nicht sehen, er darf nicht zugeben, dass die 400 Millionen, die seit der Gründung des Stahlvereins investiert wurden, grossenteils falsch angelegt sind. Und er muss des Generaldirektors Vögler aufschlussreiche Feststellung vor dem Enquêteausschuss verschweigen, dass der Stahltrust von Anfang an überkapitalisiert wurde, weil man den Gründergesellschaften Kapitalzusammenlegungen ersparen wollte!

Hier liegen die wahren Ursachen der Unrentabilität der Vereinigten Stahlwerke. Um diese aber zu verschweigen, musste der "Patriot" Fritz Thyssen seine Lügen in Amerika produzieren.

SPD. Die deutsch=schweizerischen Verhandlungen über eine Revision des Handelsvertrages sind ergebnislos verlaufen; es ist zu befürchten, dass die Schweiz, den starken Bestrebungen der einheimischen Interessenten nachgebend, den Handelsvertrag aufkündigt.

In der Schweiz herrscht starke Unzufriedenheit über die Gestaltung der deutsch=schweizerischen Handelsbeziehungen, die anhaltend grosse Zufuhr deutscher Waren nach der Schweiz und die stark rückgängigen Belieferungsmöglichkeiten des deutschen Marktes mit Schweizer Erzeugnissen. Der deutsch=schweizerische Aussenhandel hat sich in den letzten Jahren stark zugunsten der Schweiz entwickelt. Die Aussenhandelsbilanz im deutsch=schweizerischen Warenverkehr zeigte im Jahre 1930 eine Passivität von 370 Millionen zugunsten der Schweiz. Für das laufende Jahr dürfte diese bereits etwa 300 Millionen betragen. Diese Entwicklung stellt jedoch nicht einen Einzelfall dar, vielmehr ist Deutschland infolge der besonderen verschärften Krisenerscheinungen zu einer Forcierung seines Exports gezwungen, andererseits aber ist die deutsche Wirtschaft infolge der Schrumpfung der Kaufkraft nur in sehr beschränktem Umfang import= und kauffähig, sodass sich die Austauschverhältnisse der meisten europäischen Länder mit Deutschland zu ihren Ungunsten zwangsläufig verschieben mussten.

Die Schweiz hat nun im Laufe der Verhandlungen Vorschläge unterbreitet, die von deutscher Seite aus Ablehnung finden mussten. Die Schaffung von Kontingenten für die deutsche Belieferung der Schweiz erscheint nicht diskutabel, weil damit das System der Meistbegünstigung, auf dem der gesamte europäische Austauschverkehr aufgebaut ist, durchbrochen würde. Die zweite Forderung der Schweiz, einen Teil der Exporterlöse der deutschen Industrie für die Abdeckung der kurzfristigen Verpflichtungen einbehalten zu dürfen, war gleichfalls nicht erfüllbar, weil damit der Schweiz eine bevorzugte Stellung gegenüber den anderen ausländischen Gläubigerstaaten eingeräumt worden würde, was sich diese nicht gefallen lassen.

Es lässt sich nicht leugnen, dass sich unter dem Druck des deutschen Exportzwanges zuzweit die deutsch=schweizerischen Handelsbeziehungen ungleichmässig gestaltet haben. Andererseits muss gerade im Hinblick auf die Schweiz berücksichtigt werden, dass diese aus dem deutschen Erholungs= und Touristenverkehr sehr beträchtliche Einnahme erzielt. (1930 noch schätzungsweise 80 Mill. Mark). Dazu kommt, dass die Schweiz auch Nutzniesserin der deutschen Kapitalflucht ist und aus dem intensiven Kapitalverkehr mit Deutschland die schweizerischen Banken grosse Zins= und Provisionsgewinne ziehen. Für die schweizerische Wirtschaft bedeutet auch heute noch der deutsche Markt ein unersetzliches Absatzgebiet, das noch immer etwa 1/6 gegenüber früher 1/5 der schweizerischen Warenausfuhr aufnimmt.

Wenn die Schweiz nunmehr zur Kündigung des Handelsvertrages schreitet, so bedeutet das noch keinen vertraglosen Zustand, sondern der Vertrag läuft zunächst noch auf ein Vierteljahr weiter. In dieser Zeit muss es möglich sein, einen Ausgleich zu finden. Wir halten es für durchaus denkbar, dass man auf einigen Gebieten den schweizerischen Ausfuhrinteressen, insbesondere der Spitzen=, Uhren= und Schokoladenindustrie, entgegenkommen und gewisse angebliche Zollschikanen, über die die schweizerische Industrie klagt, beseitigen kann. Deutscherseits wäre unserer Meinung nach das Schwergewicht darauf zu legen, im Rahmen einer Ergänzung zum Handelsvertrag oder einer Sondervereinbarung die Rechtshilfe der Schweiz zur Bekämpfung der Kapitalflucht zu erhalten. Die Schweizer Wirtschaft beschwert sich über die Auswirkungen der deutschen Kreditkrise, die sie jetzt treffen. Eine der Ursachen dieser Krise ist die massenhafte Kapital= und Steuerflucht nach der Schweiz. Es ist im eigenen Interesse der Schweizer Wirtschaft, die deutsche Regierung durch Rechtshilfe bei ihren Massnahmen zur Erfassung der Fluchtkapitalien zum Zwecke der Milderung der Kreditkrise zu unterstützen.

Wir hoffen, dass bei verständnisvoller Rücksichtnahme auf die beiderseitigen Interessen sich ein Ausgleich finden lässt, durch den die jetzt bedrohten wirtschaftlichen Austauschbeziehungen der beiden Nachbarländer wieder gefestigt werden.

SPD. Unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise sind die Einzelhandelsumsätze in diesem Jahr auf den Stand von 1925 zurückgegangen. Sie waren in den Monaten Januar bis August um 11,5 Prozent niedriger als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Das bedeutet eine wertmässige Umsatzverminderung von rund 2,4 Milliarden Mark. Damit würde der gesamte Jahresumsatz des Einzelhandels im Jahre 1931, soweit sich die Entwicklung bereits übersehen lässt, unter 30 Milliarden Mark bleiben. 1930 = 32 bis 33 Milliarden Mark, 1929 = 35 bis 36 Milliarden Mark.

In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres machten die Einzelhandelsumsätze im Nahrungsmittel- und Genussmittelgewerbe 90,4 Prozent der Umsätze in der entsprechenden Zeit des Vorjahres aus, im Bekleidungs- und Hauswirtschaftsgewerbe 85 Prozent und in Hausrat und Möbeln 91,7 Prozent.

SPD. Der Wochenumsatz pro Mitglied wird im Bereich des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit 6,51 Mark angegeben. Im August betrug er 6,47 Mark, im September 1930 dagegen 8,35 Mark und im September 1929 = 9,18 Mark. Wenn man wissen will, wie es um die breiten Massen in Deutschland aussieht, dann besagt diese Entwicklung alles. In dem Ergebnis der konsumgenossenschaftlichen Wochenumsatzerhebung spiegelt sich das trostlose Bild der zunehmenden Armut der deutschen Verbraucher wieder.

SPD. Die Reichsbahngesellschaft gibt ihre Einnahmen für den Monat September mit 331,06 Millionen Mark an und ihre Ausgaben mit 374,18 Millionen Mark. Der Einnahmerückgang stellt sich damit gegenüber dem Monat September 1930 auf 18,6 Prozent und gegenüber dem Monat September 1929 auf 33,1 Prozent. Im September hat sich der Güterverkehr belebt, was auf die Ernte und den Transport von Hausbrandkohle zurückzuführen ist. Mit 116 300 Wagen lag die Wagengestellung um 6,7 Prozent höher als im August 1931, aber um 13,1 Prozent niedriger als im September 1930. Der Personenverkehr blieb im September hinter dem Stand des Vormonats zurück. Der Personalbestand wird mit 674 957 Köpfe davon 52,738 Zeit- und Aushilfsarbeiter, angegeben gegenüber 665 100 Köpfe, davon 41 686 Zeit- und Aushilfsarbeiter, im Monat vorher.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt betragen pro Liter frei Berlin: für A-Milch für die Zeit vom 30. Oktober bis 5. November 15,1 Rpf, für B-Milch 10,1 Pfg. für tiefgekühlte Milch 15,6 Pfg. für wolkereimässig bearbeitete Milch 16,85 Pfg. Die A-Milchmenge ist auf 75 Prozent des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt. Richtpreis für den Kleinverkauf ab Laden oder Wagen unverändert 26 Pfg.

SPD. In den letzten Tagen war von den Interessenten Stimmung dafür gemacht worden, den Fälligkeitstermin der Aufwertungshypotheken, der durch das letzte Aufwertungsgesetz auf den 1. Januar 1932 angesetzt worden war, zu verschieben, soweit es nicht schon durch private Vereinbarungen oder die Entscheidung der Aufwertungsstelle geschehen ist. Zur Begründung wurde die schwierige Lage des Kapitalmarktes angeführt, die eine Umschuldung von hunderten von Millionen in diesem Augenblick ungeheuer erschweren müsse. Und diese Begründung erschien in der Tat stichhaltig. Jetzt stellte sich aber bei einer Besprechung der beteiligten Gruppen im Reichsjustizministerium heraus, dass die Schwierigkeiten von den Interessenten übertrieben worden sind. Offenbar sind schon so weitgehend private Vereinbarungen erfolgt, dass nur mehr ein verhältnismässig geringer Betrag für die Umschuldung oder Rückzahlung in Frage kommt. Der Gedanke eines allgemeinen Moratoriums für die Aufwertungshypotheken wurde daher endgültig fallen gelassen. Statt dessen einigte man sich darauf, dass in einer neuen Notverordnung, die demnächst erscheinen dürfte, die Schuldner, die die Frist zur Stellung eines Antrages auf Hinausschiebung der Fälligkeit der Aufwertungshypotheken bei den Aufwertungsstellen versäumt haben, unter gewissen Bedingungen noch nachträglich zur Stellung eines Antrages berechtigt werden und dass von den Aufwertungsstellen bereits erledigte Anträge unter den gleichen Bedingungen einer Nachprüfung unterzogen werden können.

Es ist zu begrüßen, dass die kümmerlichen Rechte, die die Aufwertungsgesetzgebung den Inflationsgeschädigten gegeben hat, nicht durch ein allgemeines Rückzahlungsmoratorium abermals geschmälert werden. Für die nachträgliche Verlängerung der Frist zur Anrufung der Aufwertungsstellen werden auch die Aufwertungsgläubiger angesichts der inzwischen eingetretenen schweren Kreditkrise Verständnis aufbringen. Nachdem aber nun für die Aufwertungshypotheken eine Lösung gefunden wurde, die der Billigkeit entspricht, muss gefordert werden, dass auf keinen Fall den Wünschen der Interessenten aus der Industrie und dem Hausbesitz nachgegeben wird, die für die am 1. Januar 1932 fälligen Aufwertungsobligationen und für die in den nächsten Monaten fällig werdenden Goldhypotheken aus der ersten Nachinflationszeit ein allgemeines Moratorium verlangen. Diese Wünsche sind umso unberechtigter, als es sich nur um verhältnismässig niedrige Beträge handelt und als die industriellen Schuldner der Aufwertungsobligationen ohnehin schon bei der Aufwertungsgesetzgebung wesentlich besser weggekommen sind als die Schuldner der Aufwertungshypotheken. Der Aufwertungssatz für Obligationen wurde bloss auf 15 % festgesetzt, für Hypotheken dagegen auf 25 %. Soll jetzt abermals für die paar Industrieunternehmen, die am 1. Januar 1932 Aufwertungsobligationen zurückzahlen haben, eine Extrawurst gebraten werden?

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station. Weisse Kartoffeln 1,45 bis 1,55, rote und Odenwälder Blaue 1,70 bis 1,90, andere Gelbfleischige Kartoffeln (ausser Nieren) 2.- bis 2,30, Fabrikkartoffeln 6,50 bis 7,50 je Stärkeprozent.

Angebot nach wie vor knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 29. Oktober)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag in schwankender Haltung. Bei der Eröffnung herrschte feste Stimmung, namentlich für Weizen, vor, die sich jedoch für die Dauer nicht behaupten konnte. Auch die Preisgewinne am Markte der Zeitgeschäfte, die bei der Eröffnung zu verzeichnen waren, gingen später wieder verloren. Das Weizenangebot in prompter Ware war weiter knapp und da das Mehlgeschäft sich etwas lebhafter entwickelt hatte, bestand bei den Mühlen grössere Deckungsnachfrage, sodass zunächst etwas höhere Preise durchgesetzt wurden. Roggen hatte stetige Haltung bei knappem Angebot und lebhafter Nachfrage zu unveränderten Preisen. Das Mehlgeschäft hat eine Belebung erfahren. Für Roggenmehl wurden auch höhere Preise bewilligt, jedoch entschlossen sich die Käufer nur schwer, höhere Preisforderungen für Weizenmehl zu bewilligen. Für Hafer war die Tendenz fest, jedoch hielten sich auch hier die Käufer sehr zurück.

	28. Okt.	29. Okt.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	218 - 221	218 - 221
Roggen	191 - 193	193 - 195
Braugerste	166 - 174	166 - 174
Futter- und Industrierogerste	158 - 166	160 - 166
Hafer	143 - 150	143 - 150
Weizenmehl	28,00 - 32,25	28,00 - 32,25
Roggenmehl	27,40 - 29,40	27,40 - 29,50
Weizenkleie	10,25 - 10,50	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,50 - 10,00	9,50 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 234-232 $\frac{1}{2}$, Dezember 236 $\frac{1}{2}$ -235, März 247-244 $\frac{1}{2}$, Roggen Oktober 201. Dezember 201 $\frac{1}{2}$ -201, März 209-207 $\frac{1}{2}$, Hafer Oktober gestrichen - 162 $\frac{1}{2}$, Dezember 160-158 $\frac{1}{2}$.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier: Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 29. Oktober: A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 gr 13,50, über 60 gr 13, über 53 gr 12, über 48 gr 10,75, frische Eier über 53 gr 11,50, aussortierte, kleine und Schmutzeier 8 - 9,25. B. Auslandseier: Dänen 18er 12,75, 17er 12,25, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 11, Holländer 68 gr 13,50, Bulgaren 9,50-9,75, Rumänen 8 - 10,50, Russen normale 8,50-9, Polen normale 7,75 - 8,25, abweichende 7,50, kleine, Mittel und Schmutzeier 6,50 - 7,50. C. In- und ausländische Kühlhauseier: grosse 10,50, normale 7,50 - 8. D. Kalkeier: Grosse 8,25, normale 6,75-7. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: regnerisch, Tendenz: behauptet.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 29. Okt.: Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 123, II. 113, abfallende Sorten 99 RM. Tendenz: abgeschwächt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 32.

Berlin, den 29. Oktober 1911.

Die billigen Gardinen.*

SPD. Frau Roslinda Meier wollte in die Stadt fahren, um einige Einkäufe zu besorgen. Doch schon auf dem Bahnhof des kleinen Dorfes, in dem sie wohnte, ging der Ärger los. Hatte sich da ein junger Mann einfach auf den Platz gesetzt, den ihr die mitreisende Schwester ausdrücklich freigehalten hatte. "Nein", hat der Grobian noch geschimpft, "in der Holzklasse gibt es keine reservierten Plätze". Da war es natürlich mit der Ruhe vorbei. Frau Meier war auch nicht auf dem Mund gefallen. Aber es war einfach nichts zu machen. Als der Zug in den nächsten Bahnhof einlief, rief man erregt nach dem Schaffner. Dieser gab der guten Frau Meier recht, indem er darauf hinwies: "Es ist eine überall verbreitete, aber irrtümliche Meinung, dass ein Freihalten von Plätzen in der Holzklasse unzulässig sei. Auch hier kann jeder für sich und jeden anderen Reisenden je einen Platz belegen (§ 19 der Eisenbahnverkehrsordnung vom 23. Dezember 1908). Also stehen Sie auf, Herr!" Und mit den Worten: "Sehen Sie, ich habe es ja gleich gesagt!" nahm Frau Meier ihren so heiss erkämpften Platz ein.

Endlich war man in der Stadt. Die glänzenden Auslagen der Geschäfte lockten. "Fabelhaft billig sind diese Gardinen", meinte Frau Meier, als sie vor einem strahlend erleuchteten Wäschegeschäft stehen blieb. "Da muss ja der Mann noch Geld zusetzen!" Also hinein! Aber ihre Mienen verfinsterten sich schnell - der Inhaber wollte ihr die begehrten Gardinen nicht verkaufen. So etwas ist unsrer guten Frau Meier doch noch nicht begegnet. "Ich will sie aber haben!" fuhr sie auf. "Wenn Sie die Gardinen zum Verkauf ausstellen, dann müssen Sie sie auch an jeden Kauflustigen verkaufen".

"Das ist ein Irrtum", entgegnete der Kaufmann. "Ich bin nicht verpflichtet, Ihnen überhaupt etwas zu verkaufen, also auch nicht die von Ihnen gewünschten Gardinen! Denn durch das Aufstellen meiner Waren im Schaufenster mache ich den Kauflustigen ein für mich vollkommen unverbindliches Angebot zum Abschluss eines Kaufvertrages, der dann erst durch eine mir gegenüber erklärte Annahme angenommen wird. Keineswegs bin ich an mein Angebot derart gebunden, dass ich je dem, der es annehmen will, die betreffende Ware verkaufen muss. Vielmehr steht es mir frei, die Annahme meines Angebotes durch einen Käufer, der mir aus irgendwelchen Gründen nicht passt, abzulehnen." Mit wütender Miene verliess Frau Meier den Laden. "Es gibt ja noch eine Polizei hier!" rief sie im Hinausgehen, und die Tür knallte ins Schloss.

Aber der Polizeibeamte versagte. "Einmal wäre ich überhaupt nicht berechtigt, in Ihrem Falle einzuschreiten. Mein Amt ist es, Straftaten zu verhindern und zu verfolgen und Schutz und Hilfe zu gewähren. In Rechtsstreitigkeiten darf ich mich nicht einmischen".

"Aber es ist doch strafbar, ist doch Betrug, wenn jemand seine Ware ins Schaufenster stellt und dann nicht verkaufen will!"

"Durchaus nicht! Ob es kaufmännisch gedacht ist, wie der Geschäftsmann gehandelt hat, kann auf sich beruhen. Aber eine Rechtspflicht, etwas zu verkaufen, besteht für ihn nicht, weder überhaupt noch bezüglich eines bestimmten Gegenstandes. Was würden Sie sagen, wenn Ihr Mann verpflichtet sein sollte, sein Getreide jedem beliebigen Fremden zu verkaufen? Er sucht sich doch auch seine Käufer aus! Höchstens könnte unter Umständen in dem Verhalten des Ge-

schäftsinhabers ein unlauterer Wettbewerb enthalten sein. Nämlich dann, wenn er in der nachweisbaren Absicht, die betreffenden Gardinen zunächst überhaupt nicht zu verkaufen, versuchen würde, durch sein übertrieben billiges Angebot Kunden anzulocken, um diesen dann irgend einen anderen Artikel seines Geschäftes zu verkaufen".

"Da haben Sie recht! Daran habe ich gar nicht gedacht! Ich danke Ihnen". Mit diesen Worten verabschiedete sich Frau Meier von dem freundlichen Polizisten. Und um eine Enttäuschung reicher ging sie davon.

Referendar Werner Weigelt (Freiburg i.Sa.).

Fortschrittliche Ehescheidung.^X

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Heute, da sich die Ehescheidung in Amerika immer leichter und rascher durchführen lässt, besteht die Gefahr, dass ein Ehemann leichter aus der Mode kommt als ein Damenhut. Die moderne Witwe der Zukunft wird ihr Photographienalbum durchblättern und lächelnd zu ihrer Freundin sagen: "Das da ist ein gewisser Roscoe. John hiess er, glaube ich, mit Vornamen. Sieh mal, was für eine grässliche Krawatte er getragen hat.... Und dies hier ist Oliver Smith, mein neunter Mann. Seine Augengläser trug er an einer kleinen Geldkette befestigt. Einfach lächerlich... Und wer ist denn das? ... Ja, jetzt erinnere ich mich... Moneyfield oder Moneyfelt hiess der Bursche. Er war Versicherungsagent oder so etwas ähnliches. Bitte beachte doch einmal seine Hornbrille! Unvorstellbar, dass ich mit so etwas einmal verheiratet gewesen bin. Wirklich unvorstellbar...."

Vielleicht wird das Familienalbum der Zukunft aber ein Lose-Blätter-Buch sein, das nur die jeweils aktuellen Porträts enthält. Oder vielleicht eine Art von Hauptbuch. Denn eine geschiedene Frau bezieht heutzutage nicht selten ihr Einkommen von mehreren Ex-Ehemännern, und es ist von grosser Wichtigkeit, dass sie die einzelnen Konten in Ordnung hält, damit nicht der eine oder andere Geselle aus der Unordnung Nutzen zieht. Man denke nur an den Fall der armen kleinen Witwe, die in ihrer rührenden Unachtsamkeit einen ihrer früheren Ehemänner den das Gericht zur Leistung des Unterhaltes verurteilt hatte, neuerlich heiratete, weil sie glaubte, es mit einem neuen Exemplar zu tun zu haben! Sofort nach der Hochzeit hörte er auf, Unterhaltsbeiträge zu zahlen, und die sorglose Witwe musste sich um eine zweite Scheidung bemühen, um wieder zu der ihr lieb gewordenen Rente zu gelangen.

Da ist eine bekannte Filmschauspielerin schon vorsichtiger. Sie lässt allen ihren Ehemännern am Tage der Hochzeit Fingerabdrücke abnehmen, die zusammen mit kurzen Personenbeschreibungen in eine Kartothek eingereiht werden, sodass sich derartige Irrtümer nicht ereignen können.

Vielleicht wird es eines Tages so weit sein, dass Scheidungsurteile Morgens vom Milchmann zugleich mit der Frühstücksmilch geliefert werden können. Bis dahin freilich müssen die Scheidungsmethoden des amerikanischen Westens genügen. Nach Westen führt der Pfad der amerikanischen Scheidungspioniere, die dem gleichen Ziele zustreben wie ihre Ahnen vor hundert Jahren: Freiheit und Unabhängigkeit. Damals wurde das Land der Mormonen von Männern besiedelt, die glaubten, dass ein Mann auf mehr als eine Frau Anrecht habe, während heute Männer nach Nevada strömen, die da glauben, dass ein Mann auf weniger als eine Frau Anrecht habe.

"Ich wohne in einer kleinen Scheidungskolonie unweit von Reno", schrieb mir kürzlich ein Freund. "In dem mir benachbarten Hause wohnt ein Ehepaar namens Jesperson. Die Beiden kamen 1929 nach Reno, um sich scheiden zu lassen, und sie leben heute wie Philemon und Baucis zusammen. "Was uns zusammenhält"

sagt Jesperson, "das ist das Bewusstsein, dass wir uns jeden Augenblick scheiden lassen können. Wir sehen das Gerichtsgebäude von unsern oberen Fenstern aus, und jedes Mal, wenn wir uns zu streiten anfangen, schauen wir aus dem Fenster und erinnern uns, dass wir nur so lange zusammenleben müssen, wie es uns beliebt." Aber das ist ein Ausnahmefall. Im verflossenen Jahre hatten wir 2109 Scheidungen, und wir hoffen, diese Zahl in diesem Jahre zu verdoppeln."

Nevadas Schlagwort lautet: "Bereue rasch und heirate langsam!" Und die Belebung der Scheidungsindustrie wirkt sich auf zahlreiche andere Industriezweige wohltätig aus. Damenschneider, Möbelfabrikanten, Teppich-, Tapeten- und Küchengerätehersteller ziehen aus dem Aufblühen des Scheidungswesens Nutzen. Denn, wie oft auch immer ein Mann heiratet, er wird nie zwei Frauen finden, die in bezug auf Wohnungseinrichtung und Führung des Haushaltes den gleichen Geschmack haben.

(Autorisierte Uebersetzung von Leo Korten.)

Gratis-Gemüse.^x

SPD. In jener Zeit, als es noch keinen Wochenmarkt und noch keine Gemüseläden gab, da wusste man sich nicht anders zu helfen, als sich der verschiedenartigen Kräuter und Salate zu bedienen, die wildwachsend auf Wiesen und Feldern im Walde und an Rainen zu finden waren. Und wenn wir heute irgendein altes Kochbuch aufschlagen, so finden wir meistens darin auch eine Aufzählung der Kräuter und Gewürze, die man seit Jahrhunderten in der Küche verwendete. In unsrer Zeit aber sind die meisten dieser Kräuter und Salate vergessen. Wir haben in den Städten die unmittelbare Berührung mit der Natur verloren, und es ist uns völlig ungewohnt, Nahrungsmittel selbst zu suchen und zu pflücken. So beschränkt sich unser Gemüsekonsum auf alles das, was man auf dem Wochenmarkt in den verschiedenen Jahreszeiten ausgebreitet findet. Und doch sollte man sich mancher, einstmals sehr beliebter und inzwischen zu "Unkraut" herabgesunkener Pflanzen wieder erinnern, denn sie vermehren und ergänzen unsern Speisezettel nicht nur, sondern sie besitzen auch die angenehme Eigenschaft, keinen Pfennig zu kosten.

Unternehmen wir also einmal an einem sonnigen Herbsttage an Hand eines grossmütterlichen Kochbuchs eine kleine Expedition in die Natur und prüfen wir sorgsam, was uns da draussen begegnet! Sobald wir die dumpfen Mauern der Stadt hinter uns gelassen haben, begrüsst uns am Wegrand ein guter, alter Bekannter, mit dem wir als Kinder oft gespielt haben. Es ist der Löwenzahn, der überall auf Feldern, hinter Hecken und Gebüsch zu finden ist. Seine leuchtend gelben Blüten sind schon von weitem erkennbar. Wir pflücken sorgsam seine Blätter, die zubereitet wie Spinat schmecken, und fügen ihnen einige Wurzeln hinzu, denn der Löwenzahn ist auch, wie sehr wenige wissen, ein sehr gutes Wurzelgemüse. Früher stand er in der Küche in hohem Ansehen, und so manche unsrer Grossmütter setzte seine Pflanzen in Holzkästen, um auch im Winter stets wohlschmeckendes und billiges Gemüse zur Hand zu haben. Den Blättern des Löwenzahns sehr ähnlich sind die Wurzelblätter des Wegwarts oder der wilden Zichorie, deren hellblaue Blüten ebenfalls überall bekannt sind. Sie begegnet uns meist auf Ton- oder Lehmböden, am Rande der Felder und Äcker. Wir graben mit unsrer kleinen Schaufel ihre Wurzeln aus, legen sie in Sand und lassen sie im Keller überwintern. Im Frühjahr wachsen zarte gelbe Blätter, die einen vorzüglichen Salat abgeben. Wir können aber auch jetzt schon, im Herbst, ihre Blätter pflücken und zu Gemüse verarbeiten.

Weiter geht unsre Wanderung durch Wiesen und lichten Laubwald. Ueberall grüssen uns alte Freunde aus der Kindheit. Da ist die Schafgarbe, die man auch Tausendblatt nennt, mit ihren weissgrauen, kleinen Blütenköpfchen, die zu gros-

sen Trugdolden vereinigt sind. Ihre langen, schmalen, vielfach geteilten Blättchen, die die Form einer Feder haben, können als Suppenkraut, als Gemüse, als Gewürz und nicht zuletzt sogar auch als Tee zubereitet werden. Während wir noch die Blätter der Schafgarbe sammeln, erblicken wir zu unsern Füßen ebenfalls eine alte Bekannte, die wir allerdings nie besonders gewürdigt haben, denn wir sind gewohnt, sie als Unkraut, höchstens als Futter für unsere Stubenvögel zu verwenden. Es ist die Vogelmiere, die mit ihren langen, verzweigten Stengeln, an denen winzige, sternchenförmige Blüten sitzen, eine breite Fläche bedeckt. Sie ist etwas gekränkt, dass man ihr in Deutschland nur selten noch Aufmerksamkeit widmet, und lebt lieber in Italien, wo die Hausfrauen sie gemeinsam sammeln und ihren Familien als Kräutersuppen, als Salat und Gemüse vorsetzen. Um sie etwas zu versöhnen, sammeln wir einige ihrer Blätter, um sie als willkommene Zutat zur Gemüsesuppe mit nach Hause zu nehmen. Sehr bekannt ist auch die Beinwurz, die wir am Bachrand und auf feuchten Wiesen treffen. Ihre gelblich-weißen, manchmal auch rötlichen Blüten hängen an einem etwa meterhohen, rauhen, innen hohlen Stengel, und ihre Blätter sind spitz zulaufend und mit kleinen Borstenhärchen bedeckt. Wir suchen jetzt im Herbst allerdings nur die zartesten und jüngsten Blätter aus, die gut zubereitet wie Spinat schmecken. Wer Blutreinigungs- und Verjüngungskuren unternehmen will - und welche Frau wäre nicht dazu bereit! - der vergesse nicht, auch die Wurzeln der Beinwurz zu sammeln und sie einem Tee beizufügen.

Unser Körbchen ist schon reichlich gefüllt, aber wir sind noch auf der Suche nach einer wildwachsenden Gewürzpflanze, die wir zum Einmachen von Gurken verwenden können. Es ist der Dill, den keine Hausfrau missen möchte, und der deshalb auch im bescheidensten Laubengärtchen gezogen wird. Aber auch draussen ist er allenthalben zu finden. Ein zarter, würziger Geruch geht von ihm aus, und seine gelbe Blütendolde, die sich jetzt im Herbst in flache, braune Kerne verwandelt, ist leicht erkennbar. Die zarten, gefiederten Blätter sitzen an einem fast meterhohen Stengel. Nahezu alles an dieser Gewürzpflanze ist für die Küche verwendbar. Junge, zarte Blätter dienen als Gemüse; die Blüte, das Kraut und die Früchte werden zum Einmachen verwendet.

Langsam treten wir den Heimweg an. Noch manche interessante, in der Küche verwendbare Pflanze begegnet uns. Aber wir wollen es heute bei den bereits gefundenen bewenden lassen, denn noch ist uns modernen Hausfrauen diese Sammlertätigkeit neu und ungewohnt, und wir wollen erst einmal daheim probieren, wie das selbstgepflückte Grünzeug schmeckt. So ganz vertraut ist es uns doch noch nicht. Wenn wir jedoch erst einmal den ersten Versuch hinter uns haben, dann wird es uns bald zu einer lieben Gewohnheit werden, an freien Tagen mit Korb und Schaufel hinauszuwandern. Selbstverständlich dürfen nur bekannte Pflanzen gepflückt werden, deren Verwendbarkeit bereits in früherer Zeit durch Generationen erprobt worden ist, denn nur gar zu leicht schmuggeln sich der allzu sammelwütigen, unbedachten Hausfrau Giftpflanzen in die Hände. Auch ist es wenig angebracht, in der ersten Herzensfreude über die neue Entdeckung, die da Sparkonto gerade in der heutigen Zeit so sehr berücksichtigt, dem hungrigen, auf das Mittagessen sich freuenden Manne Tag um Tag die Früchte und Ergebnisse dieser Expeditionen vorzusetzen, selbst wenn er noch so ein grosser Gemüsefreund sein sollte. Aber als Bereicherung des Speisezettels, als willkommene Abwechslung können wir getrost heute wieder zu diesen wildwachsenden Salaten und Gemüsen greifen, die die Natur für uns bereit hält, und die Jahrhunderte lang von bedachtsamen Hausfrauen ihrem Geschmack wie ihrer Bekömmlichkeit nach erprobt worden sind.

m.

SPD. Wandelbar wie der herbstliche Himmel ist das Herz des Menschen.
Japanisches Sprichwort.

ben Trugdolden vereinigt sind. Ihre langen, schmalen, vielfach geteilten Blättchen, die die Form einer Feder haben, können als Suppenkraut, als Gemüse, als Gewürz und nicht zuletzt sogar auch als Tee zubereitet werden. Während wir noch die Blätter der Schafgarbe sammeln, erblicken wir zu unsern Füßen ebenfalls eine alte Bekannte, die wir allerdings nie besonders gewürdigt haben, denn wir sind gewohnt, sie als Unkraut, höchstens als Futter für unsere Stubenvögel zu verwenden. Es ist die Vogelmiere, die mit ihren langen, verzweigten Stengeln, an denen winzige, sternchenförmige Blüten sitzen, eine breite Fläche bedeckt. Sie ist etwas gekränkt, dass man ihr in Deutschland nur selten noch Aufmerksamkeit widmet, und lebt lieber in Italien, wo die Hausfrauen sie gemeinsam sammeln und ihren Familien als Kräutersuppen, als Salat und Gemüse vorsetzen. Um sie etwas zu versöhnen, sammeln wir einige ihrer Blätter, um sie als willkommene Zutat zur Gemüsesuppe mit nach Hause zu nehmen. Sehr bekannt ist auch die Beinwurz, die wir am Bachrand und auf feuchten Wiesen treffen. Ihre gelblich-weißen, manchmal auch rötlichen Blüten hängen an einem etwa meterhohen, rauhen, innen hohlen Stengel, und ihre Blätter sind spitz zulaufend und mit kleinen Borstenhärchen bedeckt. Wir suchen jetzt im Herbst allerdings nur die zartesten und jüngsten Blätter aus, die gut zubereitet wie Spinat schmecken. Wer Blutreinigungs- und Verjüngungskuren unternehmen will - und welche Frau wäre nicht dazu bereit! - der vergesse nicht, auch die Wurzeln der Beinwurz zu sammeln und sie einem Tee beizufügen.

Unser Körbchen ist schon reichlich gefüllt, aber wir sind noch auf der Suche nach einer wildwachsenden Gewürzpflanze, die wir zum Einmachen von Gurken verwenden können. Es ist der Dill, den keine Hausfrau missen möchte, und der deshalb auch im bescheidensten Laubengärtchen gezogen wird. Aber auch draussen ist er allenthalben zu finden. Ein zarter, würziger Geruch geht von ihm aus, und seine gelbe Blütenbolle, die sich jetzt im Herbst in flache, braune Kerne verwandelt, ist leicht erkennbar. Die zarten, gefiederten Blätter sitzen an einem fast meterhohen Stengel. Nahezu alles an dieser Gewürzpflanze ist für die Küche verwendbar. Junge, zarte Blätter dienen als Gemüse; die Blüte, das Kraut und die Früchte werden zum Einmachen verwendet.

Langsam treten wir den Heimweg an. Noch manche interessante, in der Küche verwendbare Pflanze begegnet uns. Aber wir wollen es heute bei den bereits gefundenen bewenden lassen, denn noch ist uns modernen Hausfrauen diese Sammlertätigkeit neu und ungewohnt, und wir wollen erst einmal daheim probieren, wie das selbstgepflückte Grünzeug schmeckt. So ganz vertraut ist es uns doch noch nicht. Wenn wir jedoch erst einmal den ersten Versuch hinter uns haben, dann wird es uns bald zu einer lieben Gewohnheit werden, an freien Tagen mit Korb und Schaufel hinauszuwandern. Selbstverständlich dürfen nur bekannte Pflanzen gepflückt werden, deren Verwendbarkeit bereits in früherer Zeit durch Generationen erprobt worden ist, denn nur gar zu leicht schmuggeln sich der allzu sammelwütigen, unbedachten Hausfrau Giftpflanzen in die Hände. Auch ist es wenig angebracht, in der ersten Herzensfreude über die neue Entdeckung, die da Sparkonto gerade in der heutigen Zeit so sehr berücksichtigt, dem hungrigen, auf das Mittagessen sich freuenden Manne Tag um Tag die Früchte und Ergebnisse dieser Expeditionen vorzusetzen, selbst wenn er noch so ein grosser Gemüsefreund sein sollte. Aber als Bereicherung des Speisezettels, als willkommene Abwechslung können wir getrost heute wieder zu diesen wildwachsenden Salaten und Gemüsen greifen, die die Natur für uns bereit hält, und die Jahrhunderte lang von bedachtsamen Hausfrauen ihrem Geschmack wie ihrer Bekömmlichkeit nach erprobt worden sind.

m.

SPD. Wandelbar wie der herbstliche Himmel ist das Herz des Menschen.
Japanisches Sprichwort.

Klippen im Verjährungsrecht.^x

-SPD. Frau Cramer ist Schneiderin und übt ihren Beruf schon seit über 20 Jahren aus. Früher stand sie sich dabei ganz gut; wenn sie gehörig zu tun hatte, dann blieb ihr so viel übrig, dass sie sich und ihre beiden Mädels ganz ordentlich durchbringen konnte. Aber jetzt waren die Mädels schon erwachsen; beide arbeiteten schon selber. Die eine war Buchhalterin in einem Engros-geschäft, und die zweite, die das Nähtalent von Müttern geerbt hatte, war Hilfsdirektrice in einem mittleren Modosalon. Sie waren ja nicht gerade unter die Grossverdiener zu rechnen; aber immerhin hatte es bis jetzt sehr schön ge-reicht, wo sie alle drei etwas in den gemeinsamen Topf tun konnten.

Nun aber - Frau Cramer schüttelte mit dem Kopfe, als ob sie eine lästige Fliege vertreiben wollte, - nun aber sollte alles anders werden. Denn eine der drei Frauen versagte in diesem Arbeitskreise, und das war Frau Cramer sel-ber. Es hat ja lange gedauert, bis sie sich eingestanden hat, dass es so nicht mehr weiter gehen konnte, dass weder die Augen noch die Füsse weiter mitma-chen wollten. Allmählich ist es so über sie gekommen; Tag für Tag fast in den letzten Jahren wurden die Augen schwächer, musste sie den Kopf tiefer über die Näherei senken, wenn sie überhaupt etwas sehen wollte. Und dann fingen die Bei-ne an; sie streikten einfach und liessen es die Maschine entgelten, die sie ge-zwungen hatte, viele, viele Jahre immer zu treten, zu treten im gleichen Tempo auf die gleiche harte Unterlage immer auf demselben kleinen Fleck. Jetzt woll-ten die Beine nun nicht mehr ihren Dienst tun; sie sehnten sich nach Ruhe, nach langsamem, gemächlichem Schlendern auf weichem, nachgiebigem Boden. Oben-drein fingen diese rebellischen Beine so an zu schmerzen, dass Frau Cramer im-mer häufiger mitten im Stich mit ihrer Arbeit aufhören musste, weil die Beine eben einfach nicht mehr wollten. Aber was noch viel schlimmer war, jetzt finge auch die Stiche an, unakkurat und schief zu werden. Da half nun kein Versteck-spiel mehr; da merkte die Cramern, dass es Zeit war, aufzuhören mit der Nähe-ri, an der sie weiss Gott doch irgendwie auch gehangen hatte. Doch darüber wird sie schon hinwegkommen; schliesslich wird sie ja auch nicht gleich müssig sitzen, sondern andre Arbeit finden. Im Haushalt wartet genug auf sie, was die ganze Zeit über hatte vernachlässigt werden müssen.

Also darüber machte sie sich keine Sorge. Nur dass sie nun nicht mehr bei-tragen sollte für ihr Leben zu dritt, das wollte der Frau nicht in den Kopf, die von Jugend auf gewöhnt war, die Familie mit zu ernähren. Sie grübelte hin und her; hatte sie denn garnichts beizusteuern für die Zukunft? Natürlich Ver-mögen hatte sie nicht zurücklegen können. Wenn sie auch von früh bis in die Nacht gewerkt hat, so hat's doch nie zum Sparen gelangt; froh war sie und zu-frieden, dass sie trotz der langen Krankheit und des frühen Todes ihres Mannes sich und die Kinder so anständig hatte durchbringen können. -

Da kommt ihr auf einmal ein Gedanke. Schwerfällig erhebt sie sich von ih-rem gewohnten Platz an der Maschine und nimmt ihr Buch herunter, in das sie die Bestellungen und die Zahlungen einzutragen pflegt. Die Tochter, die Buch-halterin ist, hat schon manchen Witz über "Mutters Hauptbuch" gemacht, das ja nun nicht gerade nach strengen buchtechnischen Vorschriften geführt ist; aber ihr hat's immer gelangt, und heute Abend wird sie den Mädels schon zeigen, wie viel man doch aus dem alten "Hauptbuch" herauslesen kann. - Und nun beginnt das grosse Nachschlagen. Da sind ja wirklich eine ganze Menge Posten, die noch offen stehen. Wenn sie das Geld dafür jetzt kriegen könnte, das brächte schon ein ganz hübsches Sümmchen. Mindestens 1000 Mark sind da noch herauszuholen; dann brauchte Frau Cramer wenigstens nicht mit ganz leeren Händen in die er-zwungene Arbeitslosigkeit einzutreten.

Da war z.B. die Frau Schuster, die Frau Cramer seit über 3 Jahren rund 100 Mark schuldete. Das war eine sehr feine Dame, die sich immer bitter über die vier Treppen beklagte, die sie zu Frau Cramer hinaufsteigen musste. Und

auch sonst hatte sie viel und viel zu beanstanden. Aber sie konnte sich das alles leisten, weil sie einen sehr grossen Bedarf hatte und alle Augenblicke mit neuen Arbeitsaufträgen kam. Weil sie wusste, was für eine gute Kundin sie war, so war sie höchst befremdet, wenn Frau Cramer einmal zu mahnen wagte. - "Sie wissen doch, wer ich bin; für das bisschen Geld werd' ich Ihnen doch wohl sicher sein. Und wenn Sie mir nicht trauen, dann geh' ich eben wo anders hin." Was sollte Frau Cramer tun? Sie entschuldigte sich, lieferte weiter auf Pump und war froh, wenn ab und zu eine ältere Rechnung beglichen wurde. Nun aber, da sie mit dem Arbeiten aufhören wollte, brauchte sie nicht mehr diese Rücksicht auf die wohlhabende Kundin zu nehmen; da würde sie mit einem Male den ganzen Betrag einfordern, und ebenso würde sie es bei den andern Kundinnen machen, die zum Teil auch solche langjährigen Konten hatten.

Freudestrahlend empfing Frau Cramer mit diesem Plan am Abend ihre "Mädels". "Na, Mutti, dass Du Dich nur nicht zu früh freust; denn wenn Deine Damen vielleicht auch zahlen können, so ist es doch noch sehr die Frage, ob sie auch zahlen wollen, weil sicher Verschiedenes doch schon verjährt ist," meinte die eine Tochter. "Na, das wär' ja noch schöner", wandte Frau Cramer ein, "verjährt, wo ich doch die Kundinnen immer regelmässig gemahnt hab'!" -

Leider aber hat sich bald herausgestellt, dass die Töchter mit ihren Zweifeln recht hatten. Die Forderungen der Frau Cramer an ihre Kundinnen sind handwerkliche Forderungen. Diese verjähren nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs nach zwei Jahren; d.h. nach Ablauf dieser Zeit hat der Schuldner das Recht, die Zahlung zu verweigern. Die Verjährungsfrist wird auch nicht etwa dadurch unterbrochen, dass während der zwei Jahre Rechnungen ausgeschiedt werden, was im übrigen von sehr vielen Lieferanten zu ihrem Schaden angenommen wird; sondern laut positiver gesetzlicher Regelung wird die Verjährung nur unterbrochen, wenn ein gerichtlicher Zahlungsbefehl zugeschickt wird, oder wenn die Forderung eingeklagt, im Konkurs angemeldet oder in einem bereits schwebenden Prozess zur Aufrechnung gebracht wird, oder schliesslich, wenn gegen den Schuldner die Zwangsvollstreckung eingeleitet wird. - Da die einfache Mahnung also nicht zu den Unterbrechungsgründen gehört, so nützt es dem Gläubiger nichts, wenn er auch noch so viel und noch so energisch mahnt. Trotz der Mahnungen läuft die Verjährungsfrist munter weiter, und es kann vorkommen, dass der Gläubiger, der zwei Jahre lang unermüdlich Rechnungen geschickt hat, mit langer Nase abziehen muss, weil die Forderung eben doch verjährt ist. Ebenso wie die Ansprüche der Handwerker verjähren innerhalb von zwei Jahren auch die Ansprüche der Kaufleute, der Fabrikanten für Warenlieferung; und ebenso ist es mit den Forderungen der Lohnkutscher, Boten usw. wegen des Fahrgelds und Botenlohns und mit den Ansprüchen der Arbeiter und Angestellten auf Lohn- und Gehaltszahlung. Auf der andern Seite verjähren auch die Forderungen der Ärzte, Anwälte, Hebammen usw. während des gleichen Zeitraums. Zusammenfassend also lässt sich sagen, dass im gewerblichen Leben Forderungen im allgemeinen in zwei Jahren verjähren wobei zu beachten ist, dass eine Unterbrechung der Verjährungsfrist durch die bloss private Mahnung nicht bewirkt wird. Tardy.

SPD. Die Schlange aus dem Paradiese.^X Der Pfarrer Luvin kam mit seinem Neffen aus der tiefsten Bretagne nach Paris und liess sich von ihm beschwatzen ihn in eine Revue zu führen. Plötzlich war der junge Mann verschwunden, und der Pfarrer Luvin lief im Promenoir herum, um ihn zu suchen. Der alleinstehende Herr fiel bald einer alleinstehenden Dame auf, die ihn fragte: "Na, Kleiner was suchst du denn? Ein nettes junges Mädchen?"

"Nein," erwiderte der Pfarrer entrüstet, "ich suche einen netten jungen Mann." Und wunderte sich sehr, als ihm die alleinstehende Dame die Zunge herausstreckte und unfreundlich sagte: "Widerliches Gespenst!"
